

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

39 (16.2.1914)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 s., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 s.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Solalinserrat billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die rote Woche.

Die gewaltige Bewegung, die in der roten Märzwoche entfaltet werden soll, hat zwei Ziele: die Stärkung unserer politischen Organisation und das Werben neuer Leser für unsere Parteipresse. Eins ist so wichtig wie das andere. Doppelt wichtig in einer Zeit, in der die Reaktion aller Schattierungen einsehen will zum vernichtenden Sturm auf die Arbeiterklasse. Täuschen wir uns darüber nicht, die Regierung des Herrn v. Bethmann-Hollweg treibt auf den Konflikt zu. Sie muß versuchen, die Bahn freizumachen, um den Zollwucher weiter ausbauen zu können. Dem steht die starke sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Wege. Kann sie schließlich auch eine Erhöhung der Zölle nicht verhindern, so kann sie doch den Zollwucherern ihr sauberes Geschäft ganz erheblich erschweren. Seit den Januarwahlen von 1912 ist der leitende Gedanke, der die Regierung und ihre Hintermänner bewegt, der: wie kann man sich der roten Sunday gehen wieder entledigen? Ueber die enormen Schwierigkeiten, die der Lösung gerade dieser Frage entgegenstehen, gibt man sich in Regierungskreisen keiner Täuschung hin. Deshalb auch die unausgesetzten Mahnungen an die bürgerlichen Parteien, sich wieder zu betragen, nicht mehr in der offenen Wunde herumzuwühlen, sondern endlich eine geschlossene Bilanz gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, zu bilden. Diese Mahnrufe werden ein lebhaftes Echo finden bei der bevorstehenden agrarischen Schaustellung, wie sie ein solches Echo bereits in den Reihen der Scharfmacher ausgelöst haben.

Mit breitem Behagen hat die der Regierung ergebene Presse betont, daß unsere sozialdemokratischen Organisationen da und dort einen Rückgang zu verzeichnen hätten. Die Gegner wollten in ihrer Verblendung darin bereits die Anfänge einer Bewegung sehen, die die Arbeitermassen in das gelbe Lager hinüberführe. In den „Gelben“ vermeint die Regierung überhaupt eine zuverlässige Truppe gegen die Sozialdemokratie zu haben. Wir sind uns über die Ursachen des Mitgliederverlustes klar, den eine Reihe von Parteioptionen erlitten hat — es ist die Krise, die in geradezu erschreckender Weise vorhandene Arbeitslosigkeit. Das Heer derer, die ihrer ganzen Massenlage nach zu uns gehören, ist so gewaltig groß, daß uns noch ein reiches Gebiet für die Entfaltung fruchtbarer Tätigkeit offen steht. Es gibt Zehntausende von Arbeitern, die es als eine Beleidigung auffassen würden, wenn man an ihrer sozialdemokratischen Gesinnung zweifeln würde, die aber trotzdem keinem sozialdemokratischen Verein angehören. An Ausreden fehlt es ganz gewiß nicht, durchschlagend aber ist keine. Diese Massen sind es, die zunächst einmal zu erfassen sind, denen eine fast sträfliche Trägheit abgewöhnt werden muß.

Gerade in der Frage der Organisation war die Sozialdemokratie bis jetzt stets allen anderen politischen Parteien weit voraus. Das haben unsere Gegner auch stets, wenn auch plägend vor Reid, anerkennen müssen. So schrieb die „Germania“ am 25. Mai 1907:

„Je mehr das öffentliche politische Leben in Deutschland sich entwickelt, umso mehr macht sich das Bedürfnis nach einer festgelegten politischen Organisation geltend. Gerade für die Zentrumspartei ist eine Organisation um so dringender notwendig, als andere Parteien im Laufe der letzten Jahrzehnte bereits zu einer mehr oder minder straffen Organisation, wenigstens für die Wahlen, unter einer einheitlichen Spitze gelangt sind oder wenigstens danach streben, ihre Organisation ins Leben zu rufen oder auszubauen. Die Sozialdemokratie ist, was ihr der Reid lassen muß, in diesem Punkte allen anderen Parteien weit voraus.“

Selbst der milderische „Reichsbote“ mußte bei der Betrachtung über den Bericht des Parteivorstandes 1909 anerkennend schreiben:

„Diese Zahlen reden eine starke, eindringliche Sprache. So stark, so arbeitskräftig und so reich ist in Deutschland die revolutionäre, den Umsturz von Staat und Gesellschaft erstrebende Partei, die in immer weitere Volkskreise vordringt. . . Alles, was heute aus irgend einem Grunde mit seiner Lage unzufrieden ist, wendet sich, wie früher der Fortschrittspartei, jetzt der Sozialdemokratie zu. Nicht bloß die Arbeiter, sondern auch Beamte in Staat und Gemeinde, Lehrer und Professoren, Ärzte und sogar Geistliche gibt es, die der Sozialdemokratie zugeneigt sind, wenn ihre Namen auch nicht in dem Parteiverzeichnis stehen. . . Dieser Glaube an die sozialdemokratischen Theorien, so verkehrt und trügerisch dieselben auch sind, und nichts weiter als höchstens blutige Revolutionenkonflikte, aber keine dauernden friedlichen Zustände hervorbringen können, erweckt doch große Zustimmung. Ar-

beitskraft und opferfreudige Begeisterung, und eine ganze Anzahl radikaler intelligenter Akademiker hat der Sozialdemokratie öffentlich oder mehr noch im Geheimen ihre Dienste gewidmet.“

Künftige Siege haben zur unbedingten Voraussetzung eine starke Organisation. Die Erkenntnis, die der Arbeiterklasse seit langem eigen ist, ist heute Gemeingut aller bürgerlichen Parteien geworden. Wir sehen sie alle am Werk, sich Organisationen zu schaffen, bestehende Organisationen auszubauen. Das muß anspornend und begeisternd auf unsere Freunde wirken und der sieghafte Gedanke der Organisation muß in der roten Woche selbst in das entlegendste Proletarierheim getragen werden. Das Resultat muß den Gegnern einen geradezu verblüffenden Beweis dafür bieten, daß sie mit ihrer phantastischen Soffnung auf einen Rückgang der Sozialdemokratie auf dem Holzwege sind.

Ein lehrreicher Streikprozeß.

Ein Landfriedensbruchprozeß, der sich am Donnerstag vor dem Schwurgericht des Landgerichts 1 zu Berlin abspielte, hat wieder einmal ein bezeichnendes Licht auf das Wesen und Gebahren jener Arbeitswilligen geworfen, deren sich die Ordnungsmächte aller Art mit so unendlich viel Liebe annehmen. Zwei Arbeiter waren angeklagt, Streikbrecher mißhandelt und eine öffentlichen Aufruf verursacht zu haben. Sie wurden freigesprochen, nachdem durch die Verhandlungen das provokatorische Auftreten der Arbeitswilligen, die wieder einmal mit Dolch und Revolver hantierten, festgestellt worden war.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden auch die Mitteilungen aus dem Vorleben dieser Repräsentanten eines so ehrenwerten Berufes die Geschworenen bei ihrem Urteil beeinflussen. Von dem einen — Meinel ist sein Name — wurde festgestellt, daß er schon früher als Arbeitswilliger Streik angefangen und einen Arbeiter mit einem Stenomeßer in die Schulter gestochen hat. In einem anderen Fall ist er wegen Revolberhüberei in Strafe genommen worden. Er unterhielt mit einem unter Sittenkontrolle stehenden Mädchen, das wegen Diebstahls ins Gefängnis kam, ein Verhältnis und erklärte einem Zeugen, daß er das gestohlene Geld bekommen habe. Er hat bei allen Gelegenheiten mit dem Revolver gedroht und gelegentlich erklärt, daß die Schießwaffe zum Handwerkszeug der Arbeitswilligen gehöre.

Sein Freund und Kollege, der Tischler Josef Ruppert, hat als Arbeitswilliger in Wagdeburg einen Streikenden erschossen, allerdings ist er vom Schwurgericht freigesprochen worden. Die beiden passen also in jeder Beziehung in die illustre Gesellschaft der Keilung, Brandenburg und wie sie alle heißen mögen und verdienen durchaus die Sympathien und die Protektion der Konfervativen, der Nationalliberalen, des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Hansabundes.

Aber noch eine andere hübsche Tatsache hat der Prozeß ans Licht gebracht. Der Zusammenstoß mit den Arbeitswilligen erfolgte gelegentlich eines Streiks bei dem Tischlermeister Raabe. Wie der bekannte Obermeister Rahardt nun als Zeuge ausfragte, hat Raabe, der dem Arbeitgeberverbande nicht angehörte, geringere Affordolöhne gezahlt als im Tarif vorgeschrieben waren. Deshalb ist auch nach Ansicht der organisierten Arbeitgeber der Streik berechtigt gewesen und Rahardt machte die köstliche Feststellung, daß ein Angestellter des Arbeitgeberverbandes die Polizei erucht habe, den Streikposten wegen der Verletzung des Streikes keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Der Obermeister hat nicht gesagt, ob die Polizei diesem Ersuchen entsprochen hat. Aber aus dem Umstande, daß sie bei der Rauferei erst ziemlich spät auf der Bildfläche erschienen, darf wohl auf ihre Zurückhaltung geschlossen werden. Da die Arbeitgeber den Streik für berechtigt erklärten, ja ihn offenbar sogar wünschten, um mit seiner Hilfe einen Druck auf den Außenseiter auszuüben, hat die Polizei sich nicht veranlaßt gesehen, die Streikposten, wie sonst üblich, für eine Verkehrsstörung zu halten und dementsprechend von der Straße zu entfernen. Man sieht, wie unrecht der Polizei geschieht, wenn man ihr nachsagt, daß sie ihre Aufgaben bürokratisch und nach dem Schema erfülle. Sie weiß sich anzupassen.

Aus dem Bericht der fabrikinspektion.

III.

An bemerkenswerten Urteilen über „Besondere Erscheinungen in einzelnen Industriezweigen sind noch hervorzuheben: Die elektrotechnischen Fabriken waren gut beschäftigt. Die Cholera auf dem Balkan veranlaßte Aufträge auf große Posten Chloralkali. In der Nähe des Kraftwerks Laufenburg entstand eine neue elektrochemische Fabrik. In einer Stadt der Seegengegend kam eine Fabrik zur Herstellung von Glühkörpern für Gaslicht in Betrieb. Eine Fabrik zur Herstellung flüssigen Sauerstoffs stellte den Betrieb ein.

Die Urteile über die Geschäftslage in der Zigarettenindustrie lauten recht verschieden. Manifold hört man noch Klagen über große Zinsverluste infolge der aus der Krise der Vorjahre entstandenen umfangreichen Lagerbestände, über langsames Eingehen ausstehender Forderungen und häufige Erfolglosigkeit von Zahlungsaufträgen. Nach dem Gesamteindruck scheinen die Verhältnisse wieder besser geworden zu sein. Das diesjährige Weihnachtsgeschäft wird meist als befriedigend, zum Teil als recht gut bezeichnet. Die Arbeitsräume sind häufig bis auf den letzten Platz ausgenutzt. Wo große, finanziell leistungsfähige Betriebe vorherrschen, sind mancherorts in jüngster Zeit kleinere Anlagen verschwunden oder doch stark zurückgegangen; die Großbetriebe zogen die freierwerbenden Arbeitskräfte gerne an sich. Andere Kleinunternehmer in solchen Gegenden beschäftigen zwar heute noch ihre frühere Arbeiterzahl, haben sich aber ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit begeben und arbeiten unter ihrer bisherigen Firmenbezeichnung auf Provisions- oder Kommissionsbasis.

Infolge Inkrafttretens des § 3 Ziffer 5 der Befamtmachung des Reichsanzalters vom 17. Februar 1907, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigaretten bestimmten Anlagen, wonach in den Arbeitsräumen auf jede beschäftigte Person mindestens zehn Kubikmeter Luftraum entfallen müssen, vergrößerten zahlreiche Betriebe ihre Arbeitsräume. Die großen Fabriken, denen oft recht erhebliche Ausgaben erwachsen, kamen im allgemeinen der Forderung des Gesetzes annähernd rechtzeitig nach. Zahlreiche mittlere und kleinere Betriebe fügten sich nicht ohne weiteres. Geseude um Fristgewährung begründeten sie mit Hinweis auf klauen Geschäftsgang, unsichere politische Lage und Geldnot. Andere baten, sieben Kubikmeter Luftraum auf den Kopf beizubehalten zu dürfen, da die Fenster der Arbeitsräume Kippflügel hätten usw. Die Zulassung der alten Belegung wurde nur bei Vorhandensein einer mechanisch betriebenen Lüftungsanlage mit stündlich mindestens dreifachem Luftwechsel bewilligt. In den meisten Fällen zogen die Arbeitgeber eine Vinderbelegung des Arbeitsraumes oder Neu- oder Umbau vor. Wer die neuen Bestimmungen nicht beachtet, erhielt entsprechende Aufforderung, wurde polizeilich kontrolliert, schließlich fand, wenn alles nichts half, strafendes Einschreiten statt. Durch die zahlreichen Neu- und Umbauten haben sich die Verhältnisse sehr gebessert. Wo die neuen Räume nicht unüberhältnismäßig hoch gebaut wurden, entfällt auf den einzelnen Arbeiter eine größere Bodenfläche, wodurch die Möglichkeit geboten wurde, jedem Arbeiter und Arbeiter einen Arbeitsplatz von mindestens 80—85 Zentimeter zu geben, was in hygienischer und technischer Hinsicht förderlich ist. Bei niedrigen Höhen der Arbeitsräume von mehr als vier Metern wurden zur Vermeidung von Luftkammern die Fensteroberkanten bis zu 50 Zentimeter an die Decke herangeführt.

Eine namhafte Firma des Landes betrieb die in andern, namentlich in den nordwestlichen Teilen des Reiches stark verbreitete Pennaarbeit ein und erbaute eine umfangreiche moderne Fabrik. Sie stellt Zigaretten in der Verkaufspreisliste von 10—20 Pf. für das Stück her; die von den Kennalbeiterern erzielten Löhne sind höher als in der alten Handformfabrikation.

Hoch Anerkennung zollt der Bericht dem Werk, das seine Entstehung den viel geschmähten Genossenschaften verdankt. Es heißt in dem Bericht: „Ein in jeder Hinsicht vorbildliche Zigarettenfabrik hat die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Godesheim fertiggestellt. Der große, auch in seinem äußeren Gefälle Fabrikbau umschließt in mehreren Stockwerken die Bureau, weite helle Arbeitsräume, Speiseküche und Garderoben, sowie eine Badeanstalt, die mit elf Brause- und sieben Wannenbädern zur jederzeitigen, einschließlich Wäsche und Seife völlig freien Benutzung steht. Eine zentrale Ventilations- und Heizungsanlage mit Luftventilation, Luftbefeuchtungs-, -erwärmungs- und -abkühlungsborrichtung sorgt für ständige Lufterneuerung in den Arbeitsräumen. Zurzeit werden schon über 600 Arbeiter beschäftigt.“

Sehr günstig lautet das Urteil über den freien Samstagtag. Auch hier zeigt sich wieder deutlich das machvolle Vorwärtsdrängen der Arbeiter und die kulturelle Bedeutung, die jede Verkürzung der Arbeitszeit mit sich bringt. Im Laufe der letzten Jahre haben in Baden manche große, mittlere und kleinere Betriebe verschiedener Gewerbezweige den freien Samstagtag eingeführt. Die Bewegung verläßt sich und beginnt vereinzelt auf Industriezweigen überzugreifen. Da und dort wird freizugestimmt. Manche Arbeitgeber nähert sich dem Neuen nur zögernd, langsam, probeweise. Pfadmeier für allgemein gekürzte Samstagarbeit ist § 137 der Gewerbeordnung, der den seit 1892 für die Samstagarbeit bestehenden zehnstündigen Höchstarbeitstag der Frauen gemäß Novelle von 1908 auf acht Stunden herabsetzte.

In vielen Fällen ging die Anregung zur Kürzung der Samstagarbeit von den Arbeitern aus. Die Arbeiterkassen, Arbeiterausschüsse und Gewerkschaften stellen Anträge, Verhandlungen gehen hin und her und enden meist mit Erfolg. Manchmal müssen die Arbeiter für die Gewährung von Freistunden am Samstag eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit in Kauf nehmen. Es ist begreiflich, daß die Arbeiter eines Betriebes eine solche Verlängerung ausdrücklich beantragen, um die Samstagskürzung zu erlangen, denn den zusammenhängenden Freistunden am Ende der wöchentlichen Arbeitsperiode kommt eine besonders ideale und praktische, hygienische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung zu. Gewiß ist es erwünscht, daß die Samstagarbeit möglichst früh schließt, am besten schon zur Zeit des Beginns der sonst üblichen Mittagspause. Dies ist noch nicht überall zu erreichen. Technische und kaufmännische Erwägungen sprechen hierbei mit. Auch äußere Gründe können in Frage kommen. Wo die Arbeiter die Eisenbahn benötigen, um ihre Heimstätte zu erreichen, wäre es verfehlt, den Betrieb schon um Mittag oder um 1 Uhr zu schließen, wenn der erste benutzbare Zug erst um 1 Uhr oder 2 Uhr abgeht. Der freie Samstagtag verläßt die wöchentliche Arbeitszeit. Die im Städtchen stehenden Arbeiter erleiden meist keine Einbuße, sie holen durch angespanntere Tätigkeit den bisherigen Verdienst ein. Bodenlöhne und Tagelöhne werden ungekürzt bezahlt. Bei Stundenlöhnen geschieht dem Verdienst Abbruch, doch werden zum

Seite 8
der
zu
R.
ere
ne.
der-
effen
2.00 16.50
1.00 22.50
M. 36.00
Fabrikate!
Beste
fall-
effen
2.00 17.00
usw. bis
49.00
S
ke
he
dig
freund.
n

Teil für den Samstag mehr als die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden angerechnet.

Die freien Nachmittage werden vernünftig und nutzbringend verwendet. Mißbräuche sind nirgends bemerkt worden. Von dem Vorbehalt, daß zur alten Arbeitszeit zurückgekehrt werde, falls sich Anstände ergäben, machte, soweit bekannt wurde, kein Arbeitgeber Gebrauch.

Deutsche Politik.

Der Friedensengel aus Rom.

Das „Mainzer Journal“ hatte gemeldet, daß der Papst die Absicht habe, den Vater Jansen nach Deutschland zu senden, um im Gewerkschaftsstreit zu vermitteln.

Die Reichstagswahl in Köln-Land.

Am 17. Februar wird im Wahlkreis Köln-Land die Nachwahl stattfinden. Köln-Land ist ein alter Zentrumswahlkreis, der infolge seiner industriellen Entwicklung freilich von der Sozialdemokratie bereits stark bedrängt wird.

Die vielen kleinen Orte des Wahlkreises, der noch vorwiegend ländlichen Charakter hat, wurden unablässig bearbeitet. Die Schar der Zentrumsagitatoren kam oft mit den ältesten Mädchen: Nebels Erbschaft, die Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie, deren 111 Vertreter im Reichstage nichts erreichten, waren ihre Hauptplakate.

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt.

6 Humoreske von Heinrich Schöffle.

(Fortsetzung.)

Alles verkehrt

Man hatte nämlich doch für gut gehalten, den Arzt aus der Stadt kommen zu lassen, weil Suschens Gesundheitsumstände immer bedenklicher zu werden schienen.

Der Herr Doktor von Waiblingen riet lange hin und her, und konnte die Krankheit nicht erraten. Nach einigen Monaten aber trat er mit überfälliger Miene zur Tantchen Rosmarin, und sagte: „Es ist bei mir außer Zweifel Mademoiselle befinden sich in guter Hoffnung der Mutterfreuden.“

Tantchen Rosmarin geriet bei dieser Erklärung so außer sich, daß sie im ersten Augenblick nicht wußte, ob in Ohnmacht fallen, oder dem Doktor für seine Unverschämtheit eine Maulschelle geben, oder über seine Albernheit laut auf-lachen. Es geschah von allen dreien nichts. Sie blieb mit erhobener Hand, mit offenem Mund und starrem Auge vor dem wunderlichen Manne stehen — sagte sich dann kurz, und verabschiedete ihn ein für allemal mit der höflichsten Grobheit.

Der Doktor, ein wackerer, gefestigter Mann, der wohl wußte, man müsse bei einer Frau auf ein Wort zu viel nicht zu vielen Wert legen, bat sie, ehe sie ihn verdamme, vorher mit Mademoiselle Suschen ein ernstes Wort zu reden; er wolle folgenden Tags wieder vorkommen.

Das ernste Wort mußte also gesprochen werden. „Weißt du, was der närrische Doktor von dir behauptet?“ fragte sie in der einsamen Abendstunde ihre Nichte.

„Kein Wort!“ erwiderte Suschen. „Du werdest Mutter werden.“ „Wirklich?“ „Nicht so, Suschen, der Mensch ist ein Narr!“

die Popularität im Magen, die sich unser Kandidat, Genosse Sollmann, durch den Kölner Polizeiprozess in weiten Kreisen erwarb. Mit allen Mitteln bemühen sie sich, sein Ergebnis zu verkleinern; man habe den Prozess nur heraufbeschworen, um Agitationsstoff zu erhalten und — in dieser Voraussicht auch den Angeklagten schon vorher zum Kandidaten aufgestellt!

Der Bund der Landwirte und die Christlich-Sozialen gaben Parole für das Zentrum aus; die Demokraten wollen im ersten Wahlgang für Sollmann stimmen. Leider sind die Liberalen, die einen Eisenbahnschlosser als Kandidaten aufstellten und auf die es bei der eventuellen Stichwahl ankommt, überaus agitationsfaul; es scheint, als wäre gewissen liberalen Kreisen ein Stichwahl äußerst unangenehm, um dann nicht eine klare Entscheidung zwischen rechts und links treffen zu müssen.

Die Sozialdemokratie sieht der Wahl mit den besten Hoffnungen entgegen, ohne sich freilich die Schwierigkeiten zu verhehlen, in diesem rein katholischen Kreise das Zentrum aus dem Sattel zu heben.

Zum Klerikalen Streit.

Das „Westfälische Volksblatt“, das Organ des Bischofs Dr. Schull-Paderborn ist ganz entsetzt über die Zuschrift der „Germania“, daß das Schreiben Kopp's an den Grafen Oppersdorf durch das päpstliche Staatssekretariat in letzter Linie veranlaßt worden sei.

„Diese Darstellung ist so unangelegentlich, daß wir sie kaum glauben können. Schweigen ist jetzt nicht mehr am Platze; soll das Volk nicht irre werden, muß unbedingt verlangt werden, daß der Öffentlichkeit die ganze Wahrheit über die tatsächlichen Verhältnisse nicht vorenthalten wird. Uebrigens ist zu hoffen, daß schon die am Freitag in Köln zusammentretende Konferenz der Bischöfe der niederheinischen Kirchenprovinz die erwartete Klärung bringen wird.“

Gegen die Schundliteratur.

Der Bundesrat hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die Gewerbeordnung im § 43 dahin ergänzt werden soll, daß die Zurschaufstellung von Abbildungen, Schriften und Darstellungen nicht in einer Weise geschehen darf, die wegen sittlicher Gefährdung der Jugend Verge-nis zu geben geeignet ist.

Ausland.

Schweiz. Unruhen gegen deutsche Arbeiter in der Schweiz melden bürgerliche Korrespondenzbüros. Es wird uns hieraus aus der Schweiz geschrieben: Die Nachrichten über Unruhen gegen deutsche Arbeiter sind irreführend. Es ist zwar in Genf zu Zusammenstößen zwischen der Arbeiterchaft und der staatlichen Macht gekommen und es besteht sogar die Möglichkeit eines Generalfreies, wenn die Regierung des Kantons Genf nicht beigeiten die deutschen importierten Berufsfreie, reicher als lästige Ausländer ausweist.

daß es in weiten Kreisen der schweizerischen Partei- und Gewerkschaftsgenossen überaus böses Blut macht, daß die Berufs-streikbrecher nahezu immer aus Deutschland importiert werden; so in den letzten Wochen Spengler (Klempner) nach Basel, Sattler nach Bern und Schreiner nach Genf. Aber die aufge-stärkten Schweizer Arbeiter schließen daraus, daß eben die Schweizer Unternehmerverbände in irgend einem Kartellver-hältnis mit den deutschen Unternehmerverbänden stehen, was für einzelne Verufe bereits dokumentarisch bewiesen ist. Chau-vinistische Forderungen gegen deutsche Arbeiter überhaupt leidet die schweizerische Arbeiterchaft nicht daraus ab.

Holland.

Altersrente in Holland. Die holländische Regierung hat in Erfüllung der Forderung, die bei den Wahlen den Liberalen von unserer Partei ausgezogen war, dem Parlament eine Vorlage unterbreitet, nach welcher allen siebenjährigen Bedürftigen aus der Staatskasse ohne eigene Beitragszahlung eine Rente von zwei Gulden in der Woche ausbezahlt werden wird. Die Rentenauszahlung wird den Gemeindevorkontrollen über-wiesen, welche ihre Auslagen von der Staatskasse zurückbezahlt erhalten. Ein großer Mangel der Vorlage ist, daß sie die Rente denjenigen vorenthält, die in den letzten fünf Jahren vor ihrem siebenzigsten Lebensjahr regelmäßig Armenunterstützung von öffentlichen oder privaten Anstalten oder aus den Kirchen-kassen erhalten haben. Gegen diese Bestimmung, welche die Armenunterstützung so sehr wie vor an die Erniedrigung der materiellen Abhängigkeit von der Kirche zu erhalten droht, wird unsererseits ein energischer Kampf geboten sein, sowie auch gegen die viel zu niedrige Rente und gegen das zu hohe Alter, in welchem sie erst ausbezahlt wird. Die Kosten der Vorlage werden von der Regierung auf 14 1/2 Millionen Gulden veranschlagt.

Oesterreich.

Die Arbeitslosenversicherung macht Fortschritte. Der Gemeinderat der Stadt Graz (Oberösterreich) beschloß die beschleunigte Einführung der Arbeitslosenversicherung vorläufig auf die Dauer von drei Jahren. Und zwar wird die Stadt während der Wintermonate November bis Februar den Berufsvereinen (Gewerkschaften) für jeden anspruchsberechtigten Arbeiter oder jede Arbeiterin einen Zuschuß von fünfzig Heller täglich auf die Höchstdauer von sechzig Tagen innerhalb einer Winterperiode gestatten. Der Zuschuß wird erst nach sieben-tägiger Arbeitslosigkeit gewährt. Er ist an die Zugehörigkeit zu einem Berufsverein, mindestens einjähriger Wohnsitz und an unfrei-willige und unerschuldete Arbeitslosigkeit gebunden. In den Stat wurde die Jahressumme von 6000 Kronen für den Zuschuß eingesetzt. Der Magistrat erklärte, solange der Staat zurück-halten ist, eine Gemeinde, in der sich die Arbeitslosigkeit in größerem Umfang bemerkbar macht, den Versuch einer Arbeits-loosenversicherung unternehmen kann.

Badische Politik.

Jesuitenkniffe.

Wir schrieben in unserer Freitagnummer bezüglich der von uns behandelten Stichwahlkommen des Zentrums mit der Sozialdemokratie vom Jahre 1913: „Da die Zentrums-presse sich über Herrn Kölich (der die Jenaer Stich-wahlbedingungen unterzeichnet) nicht genug erträufen kann, sind wir neugierig, mit welchem Jesuitenkniff diese die Zentrumsjüden von damals gegenüber der Kölichstunde entschuldigt.“ Der von uns erwartete Jesuitenkniff hat diesmal nicht lange auf sich warten lassen. Der „Badische Beobachter“ bringt in seiner Samstagnummer einen fast drei Spalten langen Artikel, in dem ausgegeben werden muß, daß tatsächlich einige Zentrumskandidaten damals entsprechende Erklärungen an die sozialdemokratischen Wahlkomitees abgegeben haben. U. a. habe der Zentrums-kandidat Hug von Konstanz an ihn gegangene Anfrage, wie sich derselbe zu den drei Fragen:

- 1. gegenüber der Vermehrung des stehenden Heeres,
2. gegenüber der Vermehrung der Steuerlast und
3. gegenüber der Beschränkung der Volkswirtschaft verhalten stelle, beantwortet. Bezüglich des ersten Punktes habe er auf seine in Reichstag eingegangene ablehnende Haltung gegenüber der Militärvorlage, sowie dem Antrag Suene hingewiesen; im Falle seiner Wiederwahl werde er im gleichen Sinne in dem Reichstag zu erklären, wie weit und unter welchen Bedingungen er in positiver Richtung gehen werde.

„Ei nun, Tantchen, es ist mir doch beinahe selbst so vorgekommen. Doch wußte ich's nicht gewiß. Wenn er es aber sagt —“

„Nennen! Ich würde mir eher träumen lassen, der Himmel falle ein. Wie solltest du dazu kommen?“ „Das weiß ich zwar nicht, Tantchen, aber ich denke, Sie verstehen es besser.“

„Du hast keinen Liebhaber?“ „Nein.“ „Keinen vertrauten Umgang mit Männern?“ „Gewiß nicht.“

„Also, ich vermute, du hast dich an der verwünschten Hochzeit beim Tanzen verdrorben. Ich wollte, wir hätten nie von der Hochzeit gehört, so hätte ich nie den Skandal mit meiner Haube erlebt.“

„Ich vermute es auch. Sie wissen, ich hab's Ihnen gesagt, Tantchen, schon auf der Hochzeit ward mir schwindlich, daß ich auf die Seite gehen mußte. Einer von den Herren begleitete mich in das nächste Zimmer.“

„Du warst ohne Zweifel sehr erpicht — gab er dir viel-leicht einen Trunk kalten Wassers?“ „Nein, er sprach wohl davon, aber tat es doch nicht.“

„Oder führte er dich an die kühle Nachtluft — an ein offenes Fenster — in den Durchgang der Luft?“ „Nein,“ sagte Suschen, und erklärte dunkel und ein-silbig, wie sich der junge Herr für sie bemüht habe. Tantchen Rosmarin forschte weiter und weiter... plötzlich schlug sie mit kläglichem Seufzer die Hände zusammen und schrie: „Unglückliche, so war meine Warnung vergebens!“

„Aber, Tantchen, Sie sind ganz außer sich.“ „Das glaube ich!“ „O Tantchen, beruhigen Sie sich doch. Das Unglück ist gewiß nicht groß!“

„Nicht große, Unglückliche, nicht groß!“ Tante Rosmarin war in wirflicher Verzweiflung und untröstlich. Sie sprach von Schande, vom Verstoßen, von — der Himmel weiß, was? und doch konnte sie sich dabei nicht verhehlen, sie selbst sei an dem ganzen Unglück schuld, indem sie Suschen in allzubühler Unwissenheit aufwachsend

ließ. Das gute Kind war verführt, ohne die Verführung zu kennen.

Nach einigen Tagen mußte sich Tantchen wieder beruhigen — denn alles Weinen und Jammern war vergebens, und besserte das Unglück nicht wieder aus; und nebenbei mußte jeder gestehen, Suschen sei noch so unschuldig, wie sie es vor dem Sündenfall gewesen. Dem Herrn Doktor ward Abbitte getan, und ihm das Geheimnis eröffnet, daß er erraten. Er sollte weiter helfen.

„Dah mir das begegnet! mir, in meinem Hause, in meiner Familie!“ rief Tantchen. „Alle Ordnung zerfallen und verkehrt! Noch nicht Braut und schon Kindbetteerin — das bringt mich ins Grab.“

Sie kam aber darum nicht so bald ins Grab; Tantchen Rosmarin hatte eine kernste feste Gesundheit. (Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

- Freitag, 2. Februar. B. 40. „Der Barbier von Bagdad“, kom. Oper in 3 Akten von Cornélius. Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr.
Samstag, 21. Februar. C. 38. Zum erstenmal: „Aus Ruhe!“ Hofse in 3 Akten von Johann Neitrog, für die moderne Bühne bearbeitet von Leo Birinski, Musik von Bengel Müller. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag, 22. Februar, mittags 2 Uhr. 36. Vorst. auf 16. Ermäßigter Preise: „Charles Tante“, Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. Anfang 2 Uhr, Ende 4 Uhr.
Abends 7 Uhr. A. 40. „Erpheus in der Unterwelt“, burleske Oper in 2 Akten und 4 Bildern von Offenbach. Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr.
Montag, 23. Februar. B. 41. „Aus Ruhe!“ Hofse in 3 Akten von Johann Neitrog, für die moderne Bühne bearbeitet von Leo Birinski, Musik von Bengel Müller. Anfang 7 1/2 Uhr.
Dienstag, 24. Februar, vormittags 11 Uhr. 37. Vorst. auf 16. „Rag und Marie“, ein Bühnenstück in 6 Streichen von Wilhelm Busch. — „Die Puppenfee“, Ballettinszenierung von Kapreiter und Gail, Musik von Bayer. Anfang 11 Uhr, Ende 1 Uhr.
Abends 7 1/2 Uhr. C. 4. „Die schöne Helena“, komische Oper in 3 Akten von Offenbach. Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr.

Bezüglich des zweiten Punktes hat er erklärt, daß er einer Vermehrung der Steuerlast nur dann zustimmen werde, wenn unabsehbare Bedürfnisse, z. B. Einführung zweijähriger Dienstzeit, Vollzug der sozialen Gesehe usw., die Aufbringung neuer Mittel fordern, wenn die vorhandenen Einnahmequellen den nötigen Bedarf nicht decken und wenn durch Ersparnisse im Reichshaushalt die erforderlichen Summen nicht erübrigt werden können.

Bezüglich des dritten Punktes hat er sich dahin ausgesprochen, daß er jedem Angriff auf Volksrechte, insbesondere des allgemeinen, gleichen, geheimen, und direkten Wahlrechts entgegengetreten werde.

Herr Arnold habe dann namens des sozialdemokratischen Wahlkomitees nach Empfang dieser Antwort an seine Befinnungsgenossen eine Aufforderung zur Wahl für Herrn Sug erlassen. Die Erklärung, die Herr Sug an Herrn Arnold abgegeben hat, steht durchaus auf dem Boden der Grundzüge des Zentrums. Im ähnlichen Sinn haben sich auch der Zentrumskandidat Herr Anwalt Pflüger in Vörrach, auf Anfragen der betreffenden sozialdemokratischen Wahlschüsse ausgesprochen.

Nun meint der „Beobachter“: Es war ganz klar, daß die Zentrumskandidaten auf diese Anfragen eine befriedigende Antwort nicht bloß geben konnten, sondern nach dem Zentrumsprogramm bei der Abstimmung im Reichstag und im Wahlkampf eingenommen hatte, geben mußten, wenn sie eine solche überhaupt geben wollten. Was die Sozialdemokraten wissen wollten, lag ja ganz in der Richtung, welche die Politik des Zentrums bezüglich der damals strittigen Fragen verfolgte hatte.

Und weiter: „Keinem Menschen fiel es damals ein, hinter einer solchen Erklärung, die ja nur allbekannte Dinge enthielt, irgend etwas zu finden. Sie entsprach vielmehr lediglich dem Standpunkt, den das Zentrum in der ganzen Frage eingenommen hatte.“

Derartige Erklärungen konnten nach dem „Beobachter“ abgegeben worden sein in Konstanz, Freiburg, Offenburg, Vörrach, nicht aber in Billingen, wo Wacker Kandidat war, obwohl „an sich nichts Tadelnswertes dabei gewesen wäre.“ Betreffs unserer diesbezüglichen Behauptung meint der „Beobachter“:

Nun behauptet der „Volksfreund“ am letzten Tag vor der Offenburg Wahl, Wacker habe sich damals der Sozialdemokratie gegenüber schärflich erklärt und damit ungefähr daselbe getan, wie Kölsch bezüglich der Jenaer Stichwahlen. Eine solche Kampfesweise läßt sich nur aus sozialdemokratischen Moralanisierungen erklären.

Jetzt sage uns mal einer, ob hier etwas anderes gegeben wird, als was wir behaupteten. Die anderen Zentrumskandidaten haben schriftliche Erklärungen abgegeben, nur Wacker nicht, was wir heute nicht mehr unterfragen können. Darauf kommt es auch gar nicht an, sondern darauf, ob Wacker auf dem Boden der damaligen Bedingungen stand oder nicht. Und er stand darauf.

Ueber den alten Klepper der „sozialdemokratischen Moralanisierungen“, mit denen der „Beobachter“ immer kommt, wenn er sich nicht mehr zu helfen weiß, regen wir uns nicht mehr auf. Wir haben es schon längst aufgegeben, der Zentrumsmoral irgendwie beizufolgen.

Stichwahl in Offenburg.

Offenburg, 14. Febr. Bei der heutigen Reichstagsstichwahl im 7. badischen Reichstagswahlkreis wurde Prof. Dr. Wirth (Ztr.) mit 13 137 Stimmen gewählt gegen Stadtrat Kölsch-Karlsruhe (natl.), der 13 050 Stimmen erhielt.

Dieses Telegramm werden heute die Siegesstrompeten des Zentrums in ganz Deutschland verkünden. Gegenüber der Hauptwahl am 3. d. Mts., bei der der Zentrumskandi-

dat 12 259 Stimmen erzielte, hat also das Zentrum noch 878 Stimmen an Wacker herangeholt, hauptsächlich aus dem Offenburg Bezirk. Kölsch erhielt damals 9616 Stimmen, sodas mit Sicherheit feststeht, daß die sozialdemokratischen Wähler die Stichwahlparole unserer Partei getreu befolgt und ihre 3032 Stimmen dem nationalliberalen Kandidaten restlos zuführten. Die geringe Mehrheit von 87 Stimmen gab den Ausschlag zu Gunsten des Zentrumskandidaten.

Mit welcher Erbitterung dieser Kampf ausgefochten wurde, das geht aus der Wahlbeteiligung hervor. Diese betrug rund 96 Prozent (genau 95,65 Proz.) gegenüber 95 Prozent bei der Stichwahl im Jahre 1912. Bei der Hauptwahl am 3. Februar betrug die Wahlbeteiligung 91,02 Prozent.

In der Stadt Offenburg erzielte im

1. Wahlbezirk Kölsch	320	Wirth	308	Stimmen
2. " "	370	"	262	"
3. " "	336	"	283	"
4. " "	331	"	304	"
5. " "	400	"	305	"
	1757	"	1462	"
Im Amtsbez. Kehl	7253	"	313	"
" " Oberkirch	1218	"	1028	"
" " Offenburg	4579	"	11796	"
	13050		13137	

Das Resultat ist kein erfreuliches zu nennen. Es zeigt, daß die clerikale Agitation aus der politischen Rückständigkeit weiter Volkskreise zu schöpfen versteht. Tausendfach tönte den in politischen Dingen unerfahrenen Bauern der Ruf ins Ohr: „Die Religion ist in Gefahr!“ Und was nicht vorherher gelang, wurde hinterher durch den Pfarrer und Mesner gemacht. Die Klerikale beherrscht mit den Machtmitteln der Kirche vollständig die Gemüter auf den Dörfern. Mit diesem Faktor werden heute in katholischen Gegenden die Wahlschlachten geschlagen. Immer ungenierter betätigen sich die katholischen Geistlichen als Wahlagitatoren des Zentrums und stellen ihre Partei des Volksrates ihre zur Genüge freie Zeit als Sekretäre und Wahlmacher zur ausschließlichen Verfügung. Das ist das Geheimnis des Erfolges des Zentrums. Wenn heute das Zentrum die Geistlichen nicht mehr hat, ist es am Ende seines Lateines angelangt. Der Pfarrer hat Himmel und Hölle zur Verfügung. Was können demgegenüber die liberalen Agitatoren bieten?

Dazu kommt, daß die Liberalen äußerst ungeachtet operiert haben. Drei Tage vor der Stichwahl brachte der nationalliberale Mannheimer „Generalanzeiger“ über den Wahlausfall in Jericho einen Artikel, in dem er den Fortschrittler, von denen der Ausgang der Stichwahl abhängig ist, die Wahl des konservativen Kandidaten empfohlen hat. Er schreibt nämlich wörtlich:

Bei der geitigen Wahl nun ist ein sehr starkes Anwachsen der konservativen Stimmen festzustellen und ein empfindlicher Rückgang der freisinnigen Stimmen, dadurch ist der Konservativ in die Stichwahl gekommen, in der die Entscheidung bei den Freisinnigen steht. Bei der überaus starken Sinnigkeit dieser Partei zur äußersten Linken, die gerade in letzter Zeit noch gewachsen scheint, scheint es kaum zweifelhaft, wie die Entscheidung zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten fallen wird. Wäre der Kandidat der fortschrittlichen Sozialpartei in die Stichwahl gekommen, so würde diese Partei es allerdings wohl als selbstverständliche Verpflichtung Bürgerlicher Solidarität betrachtet haben, daß die Konservativen ihrem Kandidaten zum Siege über den Sozialdemokraten verhelfen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hofft allerdings doch, daß die Konservativen als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgehen würden, es hätten nämlich freisinnige Führer bereits erklärt, in der Stichwahl für den konservativen Kandidaten eintreten zu wollen. Man wird also mit Interesse sehen, was stärker ist im Preissinn, der Radikalismus oder das bürgerliche Solidaritätsempfinden.

Ein böshafter Zufall wollte es aber noch, daß derselbe „Generalanzeiger“ in derselben Nummer und gleich auf der anderen Seite mit Genehmigung den Aufruf der Sozialdemokratie veröffentlichte, der die Offenburg sozialdemokratischen Wähler aufforderte, „Mann für Mann“ für den nationalliberalen Reichstagskandidaten Kölsch und gegen das Zentrum zu stimmen. Glücklicherweise haben unsere organisierten Wähler so viel politische Schärfe, daß diese nationalliberale Kapitaldummheit bei diesen nichts verdorben, wenn sie ihnen das Eintreten für Kölsch auch nicht gerade erleichtert hat, denn die Zentrumsstimme hat dafür gesorgt, daß diese nationalliberale Stimme genügend im Wahlkreise bekannt wurde, wo Sozialdemokraten für Kölsch zu stimmen hatten. Und ob nicht schließlich doch 87 unorganisierte sozialdemokratische Wähler die falsche Nutzung angewandt gezogen haben? Wer kann es wissen.

Die Sozialdemokratie ist mit blankem Schilde in den Wahlkampf gezogen und mit blankem Schilde zurückgekehrt. Sie hat nach Maßgabe der politischen Lage ihr Kontingent den Liberalen gegen die schwarze Reaktion zur Verfügung gestellt und alles getan, um den Sieg des Zentrums zu bereiten. Unsere Sache wird es sein, im Kreise mit allen Mitteln an unserer Organisation und der besseren Verbreitung unserer Presse zu sorgen, dann wird der Gase auch mal anders laufen.

Zum Wahlausgang schreibt die „Frankfurter Zeitung“: „Im großen und ganzen ist der Großblockparole Folge geleistet worden. Worin der Grund für den Rückgang der Stimmen der Linken im Bezirk Offenburg zu suchen ist, wird eine auf örtlichen Beobachtungen basierende Untersuchung zu erweisen haben, wenn die Teilergebnisse vorliegen. Das Zentrum hat seine Agitation in der scham- und skrupellosesten Weise betrieben, auf der einen Seite schrieb man mit Bezug auf die Großblockparole, es sei zwischen einem badischen Nationalliberalen und einem badischen Sozialdemokraten kein großer Unterschied mehr. Die badischen Nationalliberalen von der Großblockparole seien Sozialdemokraten mit größerem Vermögen. Auf der anderen Seite versuchte man die sozialdemokratischen Arbeiter gegen Kölsch, den man als sozialpolitisch rückwärtlich bezeichnete, scharf zu machen. So war in einem liberalen Freiburger Blatt zu lesen: „Man sollte nur meinen, es sei kein Augenblick zweifelhaft, daß die Sozialdemokraten dem Zentrumskandidaten wenn auch nicht die Stimme geben, so doch seine Wahl nicht durch Unterstützung des sozialpolitisch rückwärtlichen Kandidaten gefährden würden... Daß diese Haltung die sozialdemokratischen Arbeiter im sieben-ten badischen Reichstagswahlkreise restlos gutheißen werden, ist kaum anzunehmen, denn es gibt doch auch noch sozialdemokratische Arbeiter, die nicht wie ihr Führer nur an das denken, was dem Großblock nützt, sondern welche die Meinung vertreten, die Interessen der Arbeiter müßten in erster Linie gewahrt werden.“

Das ist eine recht eindeutige Spekulation auf sozialdemokratische Stimmen, und das vom selben Zentrum, das in der ungläublichen Art über die Liberalen wegen der Großblockparole herfällt. Eine solche Politik richtig zu kennzeichnen, fehlen einem in der Tat die parlamentarischen Ausdrücke. Das Resultat der Hauptwahl war, darauf hatten wir hingewiesen, für die Linke weniger günstig als 1912, da durch den Stimmenrückgang der Sozialdemokratie die Stimmenzahl, die das Zentrum zur Erreichung der Mehrheit brauchte, wesentlich geringer geworden war, als gegenüber 1912. Das Ergebnis der heutigen Stichwahl, insbesondere das Teilergebnis im Offenburg Bezirk läßt erkennen — das ist für den Augenblick die wichtigste Lehre dieser Wahl —, daß es der restlosen Anstrengung bedarf, um die in vierzehn Tagen stattfindende Landtagsnachwahl in Offenburg-Stadt für die Linke zu einem erfolgreichen Ausgang zu führen. Es gilt jetzt die Zeit aus sorgsamste auszunützen und alle freierheitlich Gesinnungen aufzurufen. Dabei wird vor allem auch auf die Demagogie in der Zentrumspropaganda und auf die Doppelmoral der Liberalen mit allem Nachdruck hinzuweisen sein.

Werft gelezene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

Ernst Häckel!

1834. — 16. Februar. — 1914.

Wie seinem Kampfgenosse August Weismann, hat es ein gutiges Geschick Ernst Häckel vergönnt, das 80. Lebensjahr in voller geistiger und körperlicher Frische vollenden zu dürfen. Mit hoher Befriedigung und berechtigtem Stolz darf er auf sein erfolgreiches Lebenswerk zurückblicken. Es hat ihn an die Spitze aller deutschen Naturforscher des neunzehnten Jahrhunderts gebracht.

Seiner nimmerwinkenden Tätigkeit vor allem ist der endliche Sieg der Darwinischen Deszendenztheorie zuzuschreiben. Unbekümmert um den Hohn und Spott dogmenbefangener Theologen und geistverneigelter Fachkollegen hat er sich für ihre Förderung, Vertiefung und Verbreitung über die ganze Welt eingesetzt. Gerabegü überwältigend ist die Fülle seines Beweismaterials, das er für die wissenschaftliche Berechtigung des Darwinismus beigebracht hat. Wenn ihm auch neuere Forschungen manche seiner Ansichten als irrig nachgewiesen haben; das eine ist ihm festzustellen unüberleglich geklärt: von den niedrigsten organischen Lebewesen, deren Körper nur aus einer einzigen Zelle besteht, führt eine Entwicklungslinie durch das gesamte Reich der organischen Lebewelt bis aufwärts zum Menschen. Was Darwin nicht mehr unüberleglich begründen konnte, das legte er im Sinne des Vaters der modernen Naturwissenschaft dar: nämlich, daß eine überwältigende Einheitslichkeit in der Entwicklung des Lebens der organischen Wesen bestehe.

Man hat Ernst Häckels Schaffen oft mit dem Goethes verglichen. In der Tat sind beide weisenswerter Natur. Beide begnügten sich in ihrem wissenschaftlichen Wirken nicht mit der Betrachtung und Aufstellung von Einzelphänomenen, vielmehr suchten sie in allem nach der großen Linie, nach dem goldenen Band, das eines an das andere knüpft und nichts im riesigen Gausball der Natur als Selbstzweck oder ohne höhere Bedeutung und Funktion bestehen läßt. Wie Goethe die Ursprünge auffinden wollte, aus der er sich alle anderen entwickelt vorstellte, so strebte auch Häckel nach einem gemeinschaftlichen Ursprung aller organischen Lebens — und er hat ihn gefunden in Gestalt einer winzigen Zelle, eines kleinen Schleimhäufchens.

Wie Goethe ist auch Häckel Künstler. In seinem wunderbaren Werke „Kunstformen der Natur“ hat er gezeigt, wie die Natur nicht allein zweckgemäß, sondern auch künstlerisch formt und modelliert. Denn das Vollkommene, was seinen natürlichen Zwecken und Aufgaben am besten dient, ist in der Natur immer schön, d. h. vollendet. Mit fester Hand und feiner ästhetischer Empfindung zeichnete Häckel die Gestaltungen des Naturwissens nach. Voll Staunen sieht der Leser, daß alle Formen und Bildungen, die er höherem menschlichen Intellekt abgerungen erlaubt, schon in der Lebewelt der niedrigen Or-

ganismen ihre Vorlagen haben. Sie waren eher gebildet als der „Herr der Schöpfung“.

Aber nicht nur als Wissenschaftler und Künstler betätigte sich Häckel. In der natürlichen Konsequenz seines Wesens, das ihn zur Einheitslichkeit in allem drängte, entwickelte er sich aus den Ergebnissen seiner wissenschaftlichen Lehren seine Weltanschauung, die Philosophie des Monismus. Sie leitet sich nicht aus metaphysischen, überweltlichen Spekulationen her, sondern gründet sich auf die reale Einheit, welche allem Leben zu Grunde liegt. Die Weisheit der Alten „Omne ex ovo“ („Alles entspringt aus dem Ei“) vertiefte er, indem er sagte: „Alles Leben entspringt aus der Zelle. Die Urzelle, monos, ist allem Leben gemeinsam und daher hat Häckel seine Weltanschauung als monistische, als einheitsliche, bezeichnet. Bekanntlich ist dieser Monismus von Wilhelm Ostwald u. a. noch weiter ausgebaut worden. Für Ostwald bedeutet alles Leben in seinen differenzierenden Gestaltungen nur die verschiedenen Betätigungsformen eines einzigen wirkenden Prinzips nämlich der Kraft oder Energie. „Die Energie ist in allen realen oder konkreten Dingen als wesentlicher Bestandteil enthalten, der niemals fehlt, und insbesondere können wir sagen, daß in der Energie sich das eigentlich Reale verkörpert.“ (W. Ostwald in seinem Werke: „Die Energie.“)

Ernst Häckel wurde am 16. Februar 1834 in Potsdam bei Berlin als Sohn eines Oberregierungsrates geboren. Seine Mutter bereitete ihn durch frühzeitigen Elementarunterricht auf den Besuch der Bürgerschule und des Gymnasiums vor. Auf den Universitäten in Berlin und Würzburg widmete sich Häckel naturwissenschaftlichen, medizinischen und juristischen Studien. Seine Hauptliche gehörte aber den Fächern der vergleichenden Anatomie und Zoologie. Nach seiner Doktor-Promotion und der Ablegung des medizinischen Staatsexamens habilitierte er sich 1861 an der Universität in Jena als Privatdozent für vergleichende Anatomie. 1862 erschien sein großartiges, grundlegendes Werk über die „Radiolarien“ (niederer Sterniere), das mit prächtigen Zeichnungen von eigener Hand geschmückt war. Drei Jahre später wurde er ordentlicher Professor der Zoologie und Direktor des zoologischen Instituts in Jena.

Häckels Hauptforschungen erstreckten sich auf das Gebiet der niederen Seetiere, vor allem auf ihre einfachsten Formen in den dunkelsten Tiefen. Hier beginnt das Leben in den unvollkommenen Organismenformen. Unter dem Sammelnamen „protisten“ hat sie Häckel zu einem besonderen organischen Lebenskreis zusammengefaßt. 1868 veröffentlichte er seine, aus Untersuchungsresultaten herabgegangene „Natürliche Schöpfungsgeschichte“, die auf Darwins Theorien fußt. Noch heute gehört sie neben Carus Sternes weibekanntem Buch „Werden und Vergehen“ zu den besten, populärwissenschaftlichen Behandlung des Stoffes. In seiner „Anthropogenie“, die 1874 herauskam, gab er eine Entwicklungsgeschichte des Menschen, in

der er die Deszendenztheorie durch viele neue Tatsachen und Belege unterstüßte.

Viel angefochten wurde — wenn sie auch bis heute noch unwiderlegt blieb und daher abermals eine grandiose Bestätigung der Deszendenztheorie Darwins bildet — seine Gastraea-Theorie, ein Entwicklungsgezet für das gesamte Tierreich. Nach der Lehre des französischen Naturwissenschaftlers Oubier stehen die verschiedenen Grundformen im Tierreich, wie Wirbeltiere, Weichtiere usw., unter deren einzelnen Arten innige Verwandtschaft herrscht, durch feinerlei Zusammenhänge in Verbindung, sodas die Deszendenztheorie zunächst annehmen mußte, daß sie aus verschiedenen Urtypen herabgegangenen seien. Nach Häckels Ansicht aber sind sie doch gemeinsamen Ursprungs, und zwar aus der hypothetischen Urform der Gastraea hervorgegangen. Diese besteht aus Keimblättern, die zusammen eine Art Wecher oder Blase bilden. Das äußere, Hautblatt genannte Keimblatt vertritt sämtliche animalen, das innere fämliche negative Organe und Funktionen des ausgebildeten tierischen Organismus. Die Gastraea ist identisch mit der bei den verschiedensten Tiergattungen beobachteten Keimform der Gastrula, die ebenfalls einem Napfe mit doppelten Wänden oder einem Wecher gleicht. Diese Gastrula entwickelt sich aus der Eizelle, indem diese sich durch Furchungen in einen Zellhaufen — morula genannt — verwandelt. Durch Einstülpung der einen Hälfte der morula in die andere entsteht dann die Gastrula. Ihre Föhlung, die sich bis auf eine kleine Öffnung schließt, ist die Ernährungsöhle des Körpers, der somit hauptsächlich aus einem Magen und After besteht. Alle Tiere — mit Ausnahme der sogenannten Protozoen —, also Wirbeltiere, Weichtiere usw., gehen in ihrer Entwicklung durch die gemeinsame Keimgestaltung der Gastrula hindurch. Die Protozoen, die niedersten Urtiere, nach Häckel nur deshalb nicht, weil sie weder Keimblätter noch Furchungen aufweisen. Alle anderen dagegen, die sogenannten Darmtiere, müssen auf dem Wege ihrer Entwicklung zu der ihnen eigentümlichen Körpergestalt erst durch die Vormummung der Gastrula hindurchgehen!

In zahlreichen wissenschaftlichen Werken von bleibender Bedeutung, die wir hier natürlich nicht alle aufzählen wollen, hat Häckel die Ergebnisse seines emsigen und fruchtbaren Forscherlebens niedergelegt. Aber auch als Meister der populärwissenschaftlichen Darstellungsweise hat er sich bewiesen. In weitest Volksbüchlein sind seine Schriften von den „Lebenswundern“, „Welterrätnisse“ usw. gedrungen und haben ihm überall Anhänger seiner Lehren und seiner Naturphilosophie erworben. Trotz seines Alters ist er noch immer rüstig schaffend. Zwar sein Lehramt in Jena hat er vor einigen Jahren aufgeben müssen. Aber er benutzt nun seine Muse, um seine Lebenserinnerungen niederzuschreiben, die uns in die Welt seiner Arbeit und Gedanken einführen werden. Möchte es ihm gelingen, sie glücklich zu Ende zu führen!

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Februar.

Vom Bundesratlich Staatssekretär Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Rämpf eröffnet die Sitzung um 10.16 Uhr.

Zunächst wird die Erteilung der Genehmigung zur Einleitung eines Privatlageverfahrens gegen Dr. Baasche (Matl.) verweigert. Hierauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamt für Privatversicherung gegen die Stimmen der Rechten angenommen und das Kapitel selber wird bewilligt. Damit sind die fortbauenden Ausgaben des ordentlichen Etats erledigt. Es folgen die einmaligen Ausgaben. Eine Reihe von Titeln wird ohne erhebliche Debatte erledigt. Beim Titel: Beitrag des Reichs zu den Kosten der Olympischen Spiele in Berlin 1916 (46 000 Mk.) beantragt die Kommission Streichung dieser Position. Dagegen beantragen die Nationalliberalen und die Freisinnigen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Nölde (Soz.):

Würden die Olympischen Spiele lediglich dem Sport, der Mäpferkultur und der Gesundheitspflege dienen, so würden wir die Summe bewilligen. Sie soll aber nur den nationalen Turn- und Sportvereinen zugute kommen, wogegen die Arbeitervereine ausgeschlossen bleiben. Bei den Turn- und Sportvereinen handelt es sich nicht mehr um die körperliche Vertiefung, sondern um Aufstellung von Rekordern. Die Arbeitervereine haben sich von dieser ungeunden Entwicklung zu demotiviert. Sie sind keine politischen Vereine, werden aber bedrängt. Die Olympischen Spiele werden so eine politische Angelegenheit und das ist für uns Grund genug, die Bewilligung der Summe abzulehnen. Die Unterstützung dieser Spiele soll eine Prämie für politische Gesinnungslosigkeit bilden. Wir bewilligen keinen Pfennig, wenn wir dafür auf unsere freibeitliche Gesinnung verzichten sollen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Stöbe (Matl.): Die Beteiligung an den Olympischen Spielen ist eine freibeitliche und nationale Gesinnung im allerhöchsten Sinne des Wortes vorzuziehen. (Bravo!) Wir haben eine Pflicht gegenüber dem Auslande zu erfüllen, das uns stets ein zuvorkommender Gastgeber gewesen ist. Wir müssen diese Gastfreundschaft den angemeldeten 26 Nationen gegenüber erwidern. Es handelt sich dabei nicht um Melordleistungen, sondern darum, zu zeigen, daß ein starkes Geschlecht heranwächst, das es versteht, die Siege an die schwarz-weiß-rote Fahne zu heften, nicht aber an die rote. (Bravo!)

Abg. v. Massow (Konf.): Unsere Jugend wird Gelegenheit haben, die Siegespalme zu erringen. Die Spiele müssen organisiert werden und das kostet Geld. Wir dürfen bei den anderen Nationen nicht „Kassauern“ (Heiterkeit). Eine Ablehnung dieser ersten Rate würde im ganzen Volke nicht verstanden werden. Der Reichstag würde von neuem seine Verfahrensweise dokumentieren. Ich bitte, den Betrag möglichst einstimmig zu bewilligen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Vp.): Tief zu bedauern ist die gefirgige Entgleisung des Präsidenten des Ausschusses, der es verstanden hat, die Sache zu gefährden und der vom heiligen Reichstag sprach und ihn mit Peter Schlemihl verglich. Die Regierung sollte Herrn von Robbielski an der Kanbare nehmen, damit er die Sache nicht weiter schädigt, die er vertreten soll. Die Politik der Nabelstiche gegen die Arbeiterturnvereine ist nur Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie. Wir wollen keine politische und konfessionelle Scheidung der Turnfrage. Hier handelt es sich um eine große deutsche Sache und das Reich als solches muß hinter diesen Olympischen Spielen stehen. Bewilligen wir diesen kleinen Betrag. (Beifall.)

Direktor Dr. Reubald: Namens der verbündeten Regierungen kann ich die Anträge auf Wiederherstellung der Staatsposition nur wärmstens befürworten. In der Budgetkommission sind bereits die Gesichtspunkte dargelegt worden, die für die Bewilligung der Forderung sprechen. Eine große Partei, die in der Kommission die Forderung mit abgelehnt hat, das Zentrum, ist hier noch nicht zu Wort gekommen. Es wurde in der Kommission ausgeführt, die olympischen Spiele seien nicht Sache des Reiches, sondern der Einzelstaaten. Darüber sind wir uns klar, daß es sich bei der Frage um die Förderung einer kulturellen Tat handelt, indem wir die ganze körperliche Ausbildung, die Liebe zur Natur und zur Bewegung unterstützen. Es handelt sich hier um eine Repräsentation dem Auslande gegenüber. Bisher sind wir in dieser Beziehung stets sparsam gewesen. Wir haben auch die deutschen Mannschaften nicht unterstützt. Sechsmal sind sie zu Gaste gewesen und da müssen sie selbst auch einmal Gastgeber sein. Von ganz besonderer Bedeutung ist die Beteiligung des Reiches. Es geht ein erheblicher demokratischer Zug durch den Sport. (Rufen bei den Soz.) Das ist unweifelhaft. In der deutschen Turnerschaft finden sich nebeneinander Arbeiter, Lehrlinge, Techniker, Gemeinde- und Hochschüler und hohe Offiziere zusammen und im deutschen Stadion läuft ein preußischer Prinz. Wenn die deutschen Mannschaften nicht besonders sieghaft waren, so liegt das daran, daß den Spielen in der Hauptsache die Spielregeln des gastgebenden Landes zu Grunde gelegt wurden. Auf das Komitee können wir nur Einfluß gewinnen, wenn wir auch eine offene Tasche haben. Wenn unsere Spiele auch nicht die Bedeutung der olympischen des Altertums gewinnen werden, so schließen sie doch auch ein sympathisches Band um alle Völker. Wenn vor 30 Jahren der Reichstag die Mittel bewilligt hat, das antike Olympia aus dem Schutt wieder entstehen zu lassen, dann sollte der jetzige Reichstag auch für die erste deutsche Olympia die Mittel nicht verweigern. (Beifall.)

Abg. Mertens (Reichsp.): Ob es der Regierung gelingen wird, Herrn v. Robbielski an der Kanbare zu nehmen, ist mir zweifelhaft. (Heiterkeit.) Auf unsere sonstige Entscheidung kann die Neukierung dieses Herrn keinen Einfluß haben. Das Kopfschütteln im Volke würde noch stärker werden, wenn auch das Plenum den Betrag ablehnen würde. Mit aller Entschiedenheit weise ich die Verächtlichkeit des Abgeordneten Nölde zurück, der der deutschen Turnerschaft Lumperei und Denunziationslust vorgeworfen hat. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Bruhn (D. Nst.): Würde der Betrag abgelehnt werden, so würden wir dem Ansehen Deutschlands schweren Schaden zufügen.

Abg. Hansen (Däne): Ich stimme gegen den Betrag, da gegen die norddänischen Turnvereine scharf vorgegangen wird und diese lahmgelegt werden dadurch, daß sie als Privatvereine unter die Schulaufsicht gestellt werden. (Hört! hört! bei den Soz.)

Abg. Heine (Soz.):

Es tut uns leid, gegen die Förderung eines großen Kulturwerkes stimmen zu müssen. Für die Arbeiterklasse ist das Turnen wichtiger als für die Besessenen. Auch wir wünschen, daß der traurige Separatismus verschwindet. Die Deutsche Turnerschaft nimmt bei jeder Gelegenheit gegen die Arbeiterturnvereine Stellung. Das Stadion soll jetzt ja auch den Arbeiterturnvereinen zur Verfügung gestellt werden, vielleicht mit Rücksicht auf diese Staatsberatung. (Hört! hört!) Daß Herr v. Robbielski entgleist, sind wir gewohnt. Zweifelslos aber hat er um das Entziehen des Stadions große Verdienste. Haben wir unsere ausländischen Sportsfreunde ein, so werden sie von der Polizei wieder hineingeworfen. (Abg. Redebour auf: „Und der Regierung!“ — Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte.

Die Abstimmung wird am Dienstag vorgenommen werden. Nach kurzer unerheblicher Debatte wird der Rest des Etats bewilligt.

Ueber die noch ausstehenden Resolutionen zum Gehalt des Staatssekretärs wird am Dienstag abgestimmt werden. — Darauf wird der Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von Hilfsmitglidern am kaiserlichen Patentamt in 1., 2. und gleich darauf auch in 3. Lesung endgültig angenommen. — Darauf vertagt sich das Haus auf Montag nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Justizetat. — Schluß 2 Uhr.

Kommunalpolitik.

Die freiwillige Verhältniswahl in Straßburg gescheitert.

In dem jetzigen Straßburger Gemeinderat, der 36 Mitglieder zählt, sitzt kein einziger Sozialdemokrat. Bei der Wahl vor sechs Jahren gingen die Liberalen und Merkmalen zusammen und so kam es, daß gleich beim ersten Wahlgang sämtliche Sozialdemokraten ausfielen. Diesmal befürchteten die bürgerlichen Parteien aber infolge des starken Anwachsens der sozialdemokratischen Stimmen bei der Reichstagswahl wie bei der Landtagswahl, daß sie bei den Gemeinderatswahlen schlecht abschließen und sie boten aus diesem Grunde den Sozialdemokraten ein Kompromiß an. Die Liberalen empfahlen allen in Betracht kommenden Parteien, für die kommende Gemeinderatswahl die Proportionalwahl gemeinsam festzulegen. Am Donnerstag abend fanden nun Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteiführern statt. Der freiwillige Proporz, so wie ihn die Liberalen sich gedacht haben, scheiterte, weil die Sozialdemokraten erklärten, daß sie nicht willens sind, die Wählerkraft bei der Entscheidung über den zukünftigen Gemeinderat auszuscheiden. Darüber sind die Liberalen wie die Merkmalen natürlich sehr ungehalten. — Der freiwillige Proporz fällt jedoch aus und die Wahlkampf wird so wie bisher ausgekämpft werden.

* Bürgermeisterwahl in Reuthard. Bei der am 12. Februar stattgehabten Bürgermeisterwahl gaben von 204 Wahlberechtigten 199 ihre Stimmzettel ab. Von diesen fielen 118 Stimmen auf Gemeinderat Josef Riedermaier und 80 Stimmen auf Landwirt Anton Baumgärtner. Somit ist Riedermaier gewählt.

* Billiges Gas. Auf Drängen der Bevölkerung und nach wiederholten Anträgen der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion entschloß sich die Stadtverwaltung in Mainz im Frühjahr 1913, die überaus hohen Gaspreise zu reduzieren. Mit den billigeren Preisen wurde auch das Gas schlechter und Reklamationen brachten nur vorübergehende Besserung. Blödsinn brachte das „Mainzer Journal“ die aufseinerregende Mitteilung, daß „das Leuchtgas, das früher 6100 Kalorien hatte, nur noch 4800 besitze, mithin um mehr als 15 Proz. verschlechtert worden sei“. Die Stadtverwaltung „berichtigte“ in einer „vorläufigen Notiz“, daß nicht um 15 Proz., sondern nur um etwa 7 Proz. die Qualität verschlechtert worden sei, auch habe die Gasdirektion ohne Wissen der Bürgermeisterei diese Verschlechterung vorgenommen.

r. Bürgerausschussprüfung in Gerolstein. Die Tagesordnung der Sitzung des Bürgerausschusses, die letzten Donnerstag, 12. d. M., abends 6 Uhr, stattfand, umfaßte 12 Punkte. Bei Punkt 1: „Genehmigung des Voranschlags“ für das Jahr 1914, beantragte B. A. Gen. W. Fischer, diesen Punkt als letzten zu behandeln. Dem Antrag wurde stattgegeben. Als zweiter Punkt kam hierauf der Antrag der sozialdemokratischen Bürgerausschussfraktion: „Aufhebung des Volkschulgeldes“. Die Beratung des Antrages führte zu einer lebhaften Debatte, da der Gemeinderat das Schulgeld nicht fallen lassen wollte. Die B. A. Gen. W. Fischer und W. L. B. traten für den Antrag ein. In der darauffolgenden Abstimmung wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion mit großer Mehrheit angenommen. Die Fortschrittler stimmten geschlossen für unseren Antrag, auch einige Zentrumseule stimmten dafür. Dieser Erfolg ist umso mehr zu begrüßen, als die sozialdemokratische Fraktion 3. Zl. nur aus 3 Mitglieder besteht. (Der vierte ging unversen, er hat sich scheinbar in das schwarze Lager geschlüpft.) Die folgenden Punkte wurden in rascher Reihenfolge erledigt. — Auffallend ist, daß besonders einige Zentrumsmitglieder nicht rasch genug wieder nach Hause können, nachdem sie kaum in die Sitzung gekommen sind. Leute, die eine derartige Auffassung über ihre Pflichten der Gemeinde gegenüber haben, gehören nicht auf das Rathaus.

r. Die Gehaltsverhältnisse des Heibelberger Oberbürgermeisters. Der Stadtrat von Heidelberg beantragt beim Bürgerausschuss, dem neuen Oberbürgermeister ein Anfangsgehalt von 10 000 Mk. zu zahlen. 1916 und 1918 wird eine Zulage von 1000 Mk. erfolgen, sodas im Jahre 1918 das Höchstgehalt von 17 000 Mk. erreicht ist. Außerdem hat Oberbürgermeister Dr. Wetz freies Gas, Wasser und Elektrizität. Die Gehaltsverhältnisse werden unter Zugrundelegung des seinerzeitigen Preisbezugs ab 1. Juli 1881, das ist der Eintritt in den Staatsdienst, eintretendenfalls berechnet werden. Der Beschluß wurde im Stadtrat einstimmig gefaßt.

-t. Der Freiburger Mieterverein beschloß in seiner vorgestrigen Generalversammlung, bei den kommenden Gemeinderatswahlen nicht als gesonderte Interessengruppe, wie vielfach gewünscht wird, vorzugehen, sondern den Kandidaten sämtlicher Parteien die programmatischen Wünsche und Forderungen des Mietervereins zu unterbreiten. Da die Erhebung einer Mihaufschreibung in Aussicht steht, wurde den Mitgliedern empfohlen, diese Steuer selbst zu tragen, weil sonst befürchtet wird, die Hausbesitzer würden, wenn sie die Steuer zu entrichten hätten, die Mietpreise steigern.

* Gemeindevahl. Bei der Gemeindevahl in Benzig O. L. wurden trotz der größten Anstrengungen der Gegner die beiden sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Unsere Genossen erhielten 205 und 268, die Gegner 194 und 196 Stimmen.

Aus der Partei.

E. Spieß, 10. Febr. Bei der am vorletzten Samstag stattgefundenen Versammlung im Gasthaus „Zum grünen Baum“ referierte Genosse Kruse „Krisis der Sozialdemokratie und Kapitalismus“. Redner vertrat es, die leider nur wenigen Anwesenden an seinen lehrreichen Vortrag zu fesseln. Außerdem waren die Vorstände der verschiedenen Vereine eingeladen zu einer Besprechung, insbesondere die organisierten Maurer. Leider sind nur 2 erschienen.

Organisationsmüdigkeit.

h. Kürzlich ging durch die bürgerliche Zeitung eine Notiz im Reichsverbandstil, die jubelnd das gewaltige Wachsen der Gelben dem Rückgang der freien Gewerkschaften gegenüberstellte. Auf einer Konferenz kirchlicher Gewerkschaften sprach man sogar schon von 50 000 Mann Mitgliederverlust bei den freien Gewerkschaften. So weit sich bis jetzt das Jahr 1913 übersehen läßt, ist an sich schon die Zahl übertrieben, denn in den ersten drei Quartalen ist ein Verlust — wie er bei rückläufiger Konjunktur immer eintritt! — von noch nicht 20 000 Mit-

gliedern festgestellt worden. Nun bedeutet diese Zahl bei der Gesamtzahl freiergewerkschaftlich organisierter Arbeiter aber einen kaum nennenswerten Prozentsatz. Daß in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten nicht die beste Gelegenheit ist, Mitglieder zu werben, ist eigentlich eine Weisheit, die so billig er scheint, daß sie auch von den Gegnern der Gewerkschaften erfasst sein müßte. Oft genug ist diese Kenntnis aus vorhanden, sie wird aber verdeckt, um den verhassten Arbeiterorganisationen organische Verletzung nachweisen zu können. Anders sieht es mit der Frage, ob außerhalb des rein wirtschaftlichen sich Ursachen gebildet haben, die eine Organisationsmüdigkeit erzeugen. Es wird, wie jetzt eben die „Frankfurter Zeitung“ von Dr. Erwin Steiniger genauer untersucht, von zweierlei Art Ursachen, die Organisationsmüdigkeit erzeugen, gesprochen. Durchaus zutreffend ist, daß das gewerkschaftliche Neutruierungsgebiet sich nicht automatisch in gleichmäßigem Tempo in Gewerkschaftsland umwandeln läßt. Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ist immer der persönlich und intellektuell qualifizierte Proletarier. Er ist aus der organisationslosen Masse an sich, auch schon ehe die Gewerkschaft kommt und ihn aufnimmt, durch klareren Blick und größere moralische und persönliche Energie emporgehoben. Diese Arbeiterkraft ist heute im wesentlichen gewerkschaftlich organisiert. Die Tätigkeit der Gewerkschaften erstreckt sich agitatorisch bei der Mitgliederwerbung deswegen in erster Linie darauf, den gleichgearteten Arbeiter des Zustromes und des Nachwuchses zu organisieren. Darüber hinaus ist die agitatorische Tätigkeit der Gewerkschaften, ganz wörtlich genommen, ein Aufklären innerhalb der breiten Unterschicht der Nichtorganisierten. Selbstverständlich wird hier die Arbeit immer schwerer, je mehr überhaupt organisationsfähige Arbeiter Mitglied der wirtschaftlichen Kampfbünde geworden sind. Vielfach durchgedrungen, liefert der organisationsfähige Bestand der Arbeiterkraft nunmehr spärliche Machernte. Mit diesen Argumenten ist aber nichts anderes bewiesen, als daß die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit mit immer bezgrößerer Energie arbeiten muß und ja auch arbeitet, um neue Kreise der geschlossenen Einheit zu zuführen. Organisationsmüdigkeit ist das nicht.

Wenn das Wachstum der gelben Gewerkschaften als Argument für die Organisationsmüdigkeit der Proletarier angeführt wird, so ist das genau ebenso ein Irrtum. Steiniger sagt ganz richtig, daß die Weihen der Organisierten, aus denen für die gewerkschaftliche Idee nicht mehr viel herauszuholen ist, deshalb noch lange nicht ebenso unergiebig für die mit entgegengekehrten Gedanken arbeitenden gelben Organisationen fei. Die Qualitätsanforderungen moralischer, persönlicher und nicht zuletzt auch materieller Art, die die Gelben stellen, sind viel geringer, als die Forderungen der modernen Gewerkschaften. In der Hinsicht bedeutet die gelbe Organisationsarbeit eine Vereinfachung von Proletariats, die die Fähigkeiten zum freiergewerkschaftlich organisierten Arbeiter noch nicht aufbringen können oder nicht aufbringen — wollen. Hier wird es sich im Grunde genommen immer nur darum handeln, wie weit die Moral der Gelben und die individuellen Lebensbedürfnisse des Gelborganisierten sich miteinander in Einklang bringen lassen. Von Organisationsmüdigkeit kann bei diesen Tatsachen deswegen ebenfalls nicht gesprochen werden.

Anders sieht es mit den Enttäuschten und Unzufriedenen. Gerade in schlecht organisierten Gebieten entstehen dem Verhältnismäßig oft starke Zustrome zu den Gewerkschaften, fast immer dann, wenn die Unterdrückung und Ausbeutung des Arbeiters grenzenlos geworden ist. Es ist unbestritten wahr, daß mancher Arbeiter, der in der Begeisterung des ersten Kampfes sich organisiert, enttäuscht wird, weil er alles Heil erwartet, und im günstigen Falle doch „nur“ gewinnt, als Mensch behandelt zu werden, ausreichenden Lohn zu erhalten und verfürzte Arbeitszeit zu bekommen. Selbstverständlich ist, daß mit dieser Erkenntnis so mancher eben zur Organisation gekommen wieder abfällt. Er bleibt aber, wie jeder Kritiker der Gewerkschaftsbewegung beweisen kann, dem gewerkschaftlichen Organisationsgedanken verfallen. Diese Leute sind sogar bei ungenügendem Ausgange eines in überschaubarer Begeisterung eingeleiteten Kampfes keine Neutruen der gelben Organisationen. Die Organisationsarbeit wird immer nur einen Prozentsatz der Erfolge als dauernde buchen können. Argend welche neuartige agitatorischpsychologische oder materiell-tatsächliche Ursache einer Entwicklungsbeschränkung ist das aber auch nicht! Der Nachweis der Organisationsmüdigkeit ist nur durch die Austritte gewerkschaftlich organisierter Arbeiter aus ihren Verbänden und durch die Uebertritte in gelbe Vereine zu bringen. Argend welche erste Abtrümmung dieser Art kennen bis heute die freien Gewerkschaften nicht. Sicherlich fehlt es nicht an den entsprechenden Vorkommnissen, aber bei genauerer Untersuchung stellt sich nahezu immer heraus, daß die Ursache nicht Organisationsmüdigkeit, sondern Internerterrorismus gewesen ist.

Wenn man um jeden Preis in den freien Gewerkschaften etwas sucht, was Organisationsmüdigkeit genannt werden kann, dann mag man vielleicht die im errungenen Besten sich bildende Selbstzufriedenheit so nennen. Dort wo die Gewerkschaften zur entscheidenden Selbstverständlichkeit in allen Arbeiter- und Berufsfragen geworden sind, entwickelt sich leicht beim Organisierten die Meinung, daß keine Energieaufwendung mehr nötig sei, um die selbstverständlich gewordenen Rechte zu erhalten. Diese Organisationsfaulheit ist tatsächlich eine neue Erscheinung, die früher unbekannt war. Hier kommt es eben darauf an — und das ist sicher ein Problem, das Nachdenken lohnt — auf dem selbstverständlich gewordenen Fundamente der Gewerkschaftsbewegung die neuartige Verwendung der nun schon selbstverständlich gewordenen gewerkschaftlichen Millionen als Erziehungsmittel der Völker, die ihren Angestellten das Koalitionsrecht verwehren wollten, ein solches Etüd Weiterbauen. Wenn es ist die technische — neugegründete — Zentrale im Verbands der Lithographen und Steindruckere. Der Ausbau der Lohn- und Zeitstatistiken zu Wirtschaftsuntersuchungen, die Beteiligung der Gewerkschaften an großen Ausstellungen, kurz, das Eindringen der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen in das gesellschaftliche Gesamtleben, das ist jetzt notwendig, um die Gefahr einer Selbstverständlichkeit des gewerkschaftlichen Machtwortes zu beseitigen. Das wird auch der Agitation unter den heute noch Unorganisierten verstärkten Gehalt geben. Der bürgerliche Aberglaube an die Organisationsmüdigkeit braucht uns nicht zu füren, aber auf das Haupt darf sich niemand legen in der Meinung, daß nun genügend erreicht sei, daß es Zeit sei, sich häuslich einzurichten. Weiter bauen müssen wir!

Gewerkschaftliches.

* Die zentralen Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe haben am Sonntag mit der Regelung der Tarife für die Damenschneider und mit der Fällung einiger Schiedssprüche lokaler Natur ihren Abschluß gefunden. Die von den Unternehmern einer Reihe von Orten beantragte Einfügung einer neuen Klasse von Damenschneidern, Anfänger genannt, haben die Schiedsrichter abgelehnt. Es handelt sich hier um die Einfügung einer neuen Gruppe, die den Uebergang von den Herrenschneidern zu den Damenschneidern bilden. Mit Rücksicht darauf, daß die Unternehmer selbst zugaben, daß sie in der Praxis diese Uebergangsgruppe nur für ganz jugendliche Personen, also lediglich ausnahmungsweise brauchen, und ferner mit Rücksicht darauf, daß bereits die Preisengruppe der Hilfsarbeiter besteht, vernünft-

die Unparteilichen das Bedürfnis für Schaffung einer neuen Überwachungsgruppe.

Zu hundertmalen, teilweise recht lebhaften Auseinandersetzungen kam es bei den Verhandlungen über die Damenvereinbarung in Frankfurt a. M. Die Arbeiter wollten den Vertrag auch für die Schneiderinnen erneuern, die Unternehmer widersetzten sich dem unter Hinweis darauf, daß die Zahl der organisierten Arbeiterinnen in Frankfurt ganz minimal sei und überhaupt nicht ins Gewicht falle.

Bis zum 21. Februar werden die Parteien zu Händen der Unparteilichen die Erklärung abgeben, ob sie die Schiedsbehörde, die als einseitiges Ganzes aufzufassen sind, annehmen werden oder nicht.

Die Differenzen mit der Firma S. C. König in Steinhagen sind noch nicht beigelegt. Die Firma fragt offenbar nichts darnach, was die Kommententen über ihr feindseliges Verhalten den Arbeitern gegenüber denken.

Am Januar 1913 reichte der Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter bei der Firma S. C. König Beschwerde ein. Die Firma antwortete nicht, gab auch dem Gewerkschaftsvertreter kein Antwortschreiben.

Volksschauspiel Oettingheim.

Der Verein Volksschauspiel Oettingheim hielt am vorletzten Sonntag im oberen Saal seines Gemeindehauses seine ordentliche Generalversammlung ab. Das Hauptinteresse nahm der Mitgliedschaftsbericht über das Spieljahr 1913 in Anspruch.

Wird es dem Spielverein möglich sein, die feinerzeit angekauften, aber für den vorliegenden Zweck weniger gut geeignete Spielbälle ganz oder doch zum Teil zu veräußern, so wird er im laufenden Spieljahr nur noch mit einer Restschuld von höchstens 18 000—19 000 M. für das Gemeindehaus zu rechnen haben.

Der Entschluß der Spielleitung, im Sommer 1914 nochmals am Zell festzubalten, wurde einstimmig gutgeheißen, da das für 1913 in Aussicht genommene Schauspiel in finanzieller Hinsicht außerordentlich hohe Anforderungen stellt.

Einen breiten Raum nahmen auch die Vorschläge über die künftige Gestaltung des Spielbetriebs und über geeignete Sparmaßnahmen ein, die alle gutgeheißen wurden.

Firma. Er sollte einmal anfragen, ob die beiden Arbeiter nicht bald wieder anfangen könnten. Herr König fragte darauf den Arbeiter, warum er nicht schon eher gekommen wäre und fuhr fort: „Lassen Sie die Verhandlungsgesichter unterwegs, dann kann alles wieder sein wie früher.“

Als, wenn die Arbeiter sich vollständig und gemeinschaftlich faktisch halten, indem sie obigen Absatz unterzeichneten, konnten sie gleich anfangen, vorher aber wurde und gegenüber stets erklärt, es sind noch keine Arbeitskräfte notwendig.

Parteien müssen, Gewerkschaftsvertreter! Solche Gewaltmaßnahmen müssen energig zurückgewiesen werden, deshalb fordert für strikte Durchführung des Beschlusses!

Die Firma Vogel, Bernheimer u. Schnurmann in Maxau schreibt uns: „Wem nicht paßt, der kann gehen!“ Unter dieser Marke brachte der „Volksfreund“ vom 5. d. M. einen Artikel, betreffend unsere Firma, den wir dahin richtig stellen: 1. Es ist unrichtig, daß die Firma an den feierlichen Anlässen teilnehmend die alten Löhne beibehalten.

Unser Berichterstatter wird sich zu dieser Erwiderung zu äußern haben.

Gerichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Italienisches. Am 22. September v. J. wollte der Erdbauer G. F. A. U. aus Birkana in Forbach Hochzeit halten mit einer Landsmännin. Man hatte alle Vorbereitungen zu der Festlichkeit getroffen; als Trauzeuge sollten ein Landsmann des Brautigams und dessen Hausvater, der Tagelöhner Anton Wunsch, figurieren.

Die Gründe, die die Spielleitung für 1914 am Zell festhalten ließ, sind lediglich finanzieller Natur, dazu kam, daß die außergewöhnlich hohe Frequenz des Jahres 1913 auch im laufenden Sommer einen guten Besuch erwarten läßt.

Die Verleger des letztjährigen Zeitschriften auch im laufenden Sommer den Teil der Oettingheimer Naturbühne in seiner Richtigkeit und Freizügigkeit nochmals gerne besuchen und durch ihre Scherlein die beabsichtigte Neugestaltung eines besonders glänzenden Schauspielers für 1915 ermöglichen werden.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

In freien Stunden. Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche erscheint ein reich illustriertes Heft zum Preise von 10 Pf.

Die Krüge der Neuzeit werden ausführlich behandelt in dem Werke des Vorwärts-Verlages, das den Titel trägt „Die Welt in Waffen“.

Das Werk, das den Genossen Hugo Schulz-Wien zum Verfasser hat, bringt in Wort und Bild die Kriegsergebnisse des 19. und 20. Jahrhunderts bis in die neueste Zeit. Das Werk erscheint in Lieferungen à 20 Pf.

Karlsruhe zu verantworten. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis, abzüglich 8 Monate Untersuchungshaft.

Der Tagelöhner G. U. aus Lannaj (Italien) stahl im November d. J. zu Ettlingen seinem Zimmergenossen, dem Italiener Cuboni aus dessen Koffer, den er zuvor erbrochen hatte, den Betrag von ca. 150 M.; ferner nahm er noch einen Gut im Wert von 8 M. mit. Mit dem Raub brannte er durch, wurde aber stiefbrieflich verfolgt und ergriffen.

Eine rohe Mutter. Vor der Strafkammer in Konstanz stand die 30jährige Ehefrau des Eisendrebers Spieß von Immendingen wegen Kindesmißhandlung. Die Angeklagte hatte in ganz grausamer Weise ihr 6jähriges Stiefkind mißhandelt.

Aus dem Lande.

Durlach.

Einen Fleischschlag läßt endlich auch die hiesige Metzgerinnung mit Wirkung vom 15. Februar eintreten und zwar gleich um — 2 Pfennig pro Pfund auf einmal. Die Fleischpreise sind jetzt folgende: Ochsenfleisch 96, Rindfleisch 94, Kalbfleisch 1 M., Schweinefleisch, Bauchklappen 80, Schweinefleisch, Braten 86, Schweinefleisch, Koteletts 96, Hammelfleisch, Brust und Hals 90, Hammelfleisch, Schlegel 1 M., Speck und Schmeer 90 Pfennig.

Die zweite Damen- und Fremdenführung der großen Karnevalsgeellschaft, die am gestrigen Sonntag in der „Blume“ stattfand, war wieder außerordentlich stark besucht. Auch diesmal herrschte wieder ein bewegtes karnevalistisches Treiben.

Der Maskenzug am kommenden Sonntag soll, wie wir hören, sehr umfangreich werden, und seine Vorgänger weit überreffen.

Eine Bürgerauskunftung findet am kommenden Samstag statt, auf deren Tagesordnung nicht weniger als 21 Verlagen, allerdings zum größten Teil nicht von besonderer Wichtigkeit, stehen.

Aus dem Gewerbegericht. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr Rechtsanwalt Guttenberg, schreibt uns: Bezugsnehmend auf Ihren Bericht über die Sitzung des hiesigen Gewerbegerichts in Nr. 84 Ihres Blattes, bitte ich zur Nichtabgabe eines offensichtlichen Mißverständnisses um Aufnahme folgender Notiz:

Das Gewerbegericht Durlach ist selbstverständlich nicht, wie Ihr Berichterstatter in Nr. 84 des Blattes anlässlich des Falles Rulow gegen May meint, der Auffassung, daß bei Kündigungsausfluß der Arbeitnehmer vom Tage der Entlassung oder des Austritts bis zum nächsten wöchentlichen Pahltag auf Auszahlung seines Lohnes warten müsse, da ein solcher Grundsat unbillig und unfinnig wäre.

Dieser Grundsat ist in der Rechtsprechung der Gewerbegerichte allgemein anerkannt, da auch die Verlehrsätze dahin geht, daß der Arbeitsstag als geringste Einheit im Arbeitsvertrage aufzufassen sei.

Baden-Baden.

Automobilunfall. Bei der „Roten Lache“ ereignete sich gestern ein Automobilunfall. Als ein Automobil den Berg hinauffuhr, kam es auf der bereiteten Straße ins Rutschen und stürzte den Abhang hinab. Ein Insasse und der Lenker wurden schwer verletzt.

Offenburg.

Terrorismus. Das Zentrum ist mit der Spürnase eines Polizeibündnis ermüht, jedes terroristische Vorkommnis auf der ganzen Welt auffindig zu machen, um es der Sozialdemokratie an den Hals zu hängen und es dann bei Wahlen als Credemittel gegen die „Sozgen“ aufzumärfieren zu lassen. Auch von Offenburg hat die Zentrumspresse schon von manchem Terror der „Roten“ ihrer Leserherbe berichtet. Die Herren hätten aber am allerersten nötig, vor der eigenen Tür zu kehren, wie folgt: In einem hiesigen kirchlichen, großen Institut hatte seit Jahrzehnten Maurermeister Schütter die Bauarbeiten auszuführen. Schütter ist ein tüchtiger Geschäftsmann, lokal und katholisch, militärkommand in höchster Potenz, das Knopfloch mit dem Jähringer Löwen dekoriert. Er war ruhiges, sanftes Mitglied der nationalliberalen Partei. Die denkbar größte Zufriedenheit wurde ihm seit Jahrzehnten in diesem frommen Institut stets entgegengebracht.

Und schon wieder eine Bürgerauskunftung findet am Freitag, 27. Februar, nachmittags 4 Uhr statt mit vorläufig 5 Tagesordnungsgegenständen: Erweiterung des Kasernements, Subvention des Stadttheaters, Kreditüberschreitung bei städtischer Veränderung des früheren Freundschaftshauses, neue eisenmäßige Gewerbelehrerstelle, Darlehen an Hausbesitzer zur Errichtung von Kanalisation, Wasser- und Gasleitung und Erfüllung der Forderungen der Wohnungscommission. — Die am Freitag den 13. ds. Mts. stattgehabte Bürgerauskunftung genehmigte, wie vorausgesehen war, die von der vorhergehenden Sitzung zurückgestellten Positionen der Schaffung einer territorialverwaltender Stelle bei den städtischen Werken und dem Dienstvertrag.

u. Erzingen, 16. Febr. Vergangenen Samstag hier die älteste Frau des Orts, Frau Karolina Kollerer, im Alter von 84 Jahren zu Grabe getragen. — Die hiesige freiwillige Feuerwehr feiert am Sonntag den 7. Juni d. J. ihr 40jähriges Stiftungsfest.

Stantenloch (N. Karlsruhe), 15. Febr. Durch Grafen u. er wurden gestern abend 4 Scheuern der Landwirte Joh. Fr. Rogel, Rudw. Hofheins, Gotth. Bartsch und Karl Rudw. Hofheins vollständig zerstört. Der Viehbestand konnte gerettet werden. Die Brandursache ist nicht bekannt.

Chesberg, 13. Febr. Der verheiratete Landwirt Alois Jettler war mit Steinsprengen beschäftigt, wobei ihm ein Scherstein mit solcher Wucht an den Leib sprang, daß er schwer

innere Verletzungen davon trug und nach Zell ins Spital überführt werden mußte, wo sofort zu einer Operation geschritten wurde.

* Arlesheim (A. Offenburg), 15. Febr. Auf dem Sägemehl in Appenweier ist der Arbeiter Kaver König von hier beim Abladen von Langholz tödlich verunglückt. König kam zwischen zwei Stämme und wurde buchstäblich zerdrückt.

* Mannheim, 15. Febr. Ein 20jähriger Mann stieß auf seinem Fahrrad mit der elektrischen Straßenbahn zusammen, wurde von Rade geschleudert und erlitt einen schweren Schädelbruch.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 16. Februar.

Bildungsausschuß.

Der nächste Vortrag über „Geschichte des Sozialismus“ kann erst am Montag, 2. März, stattfinden.

Mitteilungen aus der Stadtratsitzung

vom 12. Februar 1914.

Einrichtung eines Eisenbahn-Vorortverkehrs für Karlsruhe. Es wird Mitteilung über die am 24. v. M. im Rathaus stattgefundene Versammlung zum Zweck der Schaffung eines Vorortverkehrs mit Karlsruhe gemacht. Der Stadtrat bringt diese wichtige Entscheidung der Großh. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen mit dem dringenden Ersuchen zur Kenntnis, den darin ausgesprochenen Wünschen stattzugeben, solange und soweit aber die durchgreifende Maßnahme des regelmäßigen Vorortverkehrs nicht eingerichtet ist, wenigstens den von den Interessenten schriftlich gestellten Anträgen auf Verbesserung von Zugverbindungen, die gleichzeitig vorgelegt werden, mögliche Rücksicht zu tragen.

Erbauung einer Güterabfertigungsstation am Rheinhafen. Für den Städtgutannahme- und Abgabedienst im städtischen Rheinhafen hatte die Großh. Eisenbahnverwaltung bisher Räume in der Werfshalle 1 dafelbst gemietet. Infolge der erheblichen Zunahme des Städtgutverkehrs und zwecks Erweiterung der Abfertigungsbefugnisse der Station ist nunmehr die Errichtung einer besonderen Güterstation mit Freiladegleisen nötig. Sie soll dem unbeschränkten öffentlichen Verkehr, insbesondere auch der Stadteile Mühlburg und Durland dienen, also nicht ausschließlich den im Hafen ansässigen Firmen. Die Anlage soll auf dem Gelände zwischen dem Dienstgebäude des Hafenamts und der Uferstraße errichtet werden. Die Großh. Eisenbahnverwaltung wird die Anlage auf ihre Kosten erstellen und unterhalten. Das Gelände (rund 14 000 Quadratmeter) stellt die Stadtgemeinde vorbehaltlich ihres Eigentumsrechts zur Verfügung.

Submissionswesen. Auf Grund des § 5 a der Bestimmungen über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt Karlsruhe werden auf Vorschlag der Maler- und Anstreichervereine für das Jahr 1914 ernannt die Malermeister Andreas Köstner und Emil Haag, zu Stellvertretern die Malermeister Albert Weber und Andreas Doll.

Vermietung des Café-Restaurants am Süden des Stadtparkes. Das im Bau begriffene städtische Café-Restaurant gegenüber dem neuen Hauptbahnhof nächst dem Eingang zum Stadtpark wird auf 1. Oktober d. J. zur Vermietung ausgeschrieben.

Unterstützung des Deutschtums im Auslande. Der Verein für das Deutschtum im Auslande, Ortsgruppe Karlsruhe, teilt mit, daß der ihm im vergangenen Jahre bewilligte städtische Beitrag von 500 M. zur Unterstützung deutscher Schulen in armen Ländern Böhmens, Galiziens, Südtirols, Ungarns und in der Südmark verwendet worden ist. Dem Gesuche des Vereins, einen gleichen Betrag auch im diesjährigen Gemeindevoranschlag vorzusehen, wird entsprochen.

Auszeichnung von Feuerwehrmännern. Einer Anzahl von Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren hier und im Vorort Weierheim wird das Ehrenzeichen der Stadtgemeinde für 20- und 40jährige Dienstzeit verliehen. Die Ueberreichung der Ehrenzeichen wird Mittwoch den 4. März, nachmittags 6 Uhr, im großen Rathaussaale stattfinden.

Abhaltung von Kochkursen für Arbeiterfrauen. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auch in diesem Jahre unmittelbar nach Ostern Kochkurse für Arbeiterfrauen abzuhalten. Es wird ihm hierzu die Schulküche in der Lindenschule zur Verfügung gestellt und zur Deckung der sonstigen Unkosten, wie bisher, ein Beitrag aus der Stadtkasse von 200 M. zugesagt.

Beleuchtung der ehemaligen Bahnübergänge. Die ehemaligen Bahnübergänge in der Rappurter-, Etkinger- und Gartenstraße sollen, bis zur Herstellung der neuen Straßenanlagen,

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Tristan und Isolde.“

Am Freitag abend gab man wieder Rich. Wagners „Tristan und Isolde“ vor einem verhältnismäßig gut besetzten Haus. Diese Aufführung dürfte wohl bereits zum allgemeinen Gesprächsgegenstand geworden sein, denn für die neu auf dem Bretter verzeichneten Personen der Handlung waren nicht weniger wie „vier“ Ausfühlfkräfte erforderlich, um überhaupt die Vorstellung zu ermöglichen. Dieser bedauerliche Umstand dürfte allein schon genügend den derzeitigen Zustand unserer Oper charakterisieren. Können wir denn noch einen Zufuß von Opern ganz ohne fremde Unterstützung in der früheren hochkünstlerischen Weise herausbringen? Die letzten Wochen und Monate lehrten uns nur das Gegenteil. Wann werden wir beginnen dürfen, mit eigenen Kräften wieder Vollkommenes zu schaffen??

Sophie Palm-Cordes, die kurz vor Schluß des vergangenen Spieljahres die „Isolde“ sang, wußte auch am Freitag wieder in dieser Partie das Publikum zu hoher Begeisterung zu entflammen. Wir haben damals die vollendete Kunstleistung nach Gebühr gewürdigt und können heute nur hinzufügen, daß wir uns aufrichtig gratulieren dürfen, diese hervorragende Kraft in kurzer Zeit ganz unser eigen zu nennen. Den „Tristan“ sang Josef Effen (ebenfalls vom Stuttgarter Hoftheater) mit selbsthafter Größe und Geste. Der Gesamteindruck seiner Leistung war befriedigend. Auch in gesanglicher Beziehung war manches lobenswert; so z. B. das klingende, warm ansprechende „mezzo-voce“. Dagegen sang manchmal die höhere Lage zu offen und wenig feigerungsfähig, so daß man von großen Stimmzügen und padenden Höhen kaum sprechen konnte. Die fleißigste Fülle eines Helidentenors kam nur wenig zum Durchbruch. Als „Kurwenal“ bot Joachim Kromer (Mannheim) eine durchschnittlich beachtenswerte Leistung, die auch stimmungsgemäß in das Ensemble sich einfügte. Kammerjägerin Rosa Schüller-Ethofer übernahm für die erkrankte Maro Bruntz die „Brangäne“. Ihre Leistung war ungeschwächt den früheren würdig und man fragt sich immer wieder, warum man diese Kraft, die doch immer eine Stütze in unserem Ensemble bildete, gehen ließ.

Fritz Cortiolegis leitete das Werk mit unendlichem Feingefühl und leuchtete mit seinem reichen Schatz an persönlichem Empfinden in die verborgenen Schönheiten der Partitur.

W. Sch.

probatorisch mit stadt-eigenen Flammbogenlampen beleuchtet und zu diesem Zwecke die an den Uebergängen stehenden bahneigenen Masten für deren Installation gemietet werden. Von einer besonderen Beleuchtung des ehemaligen Bahnübergangs an der Weierheimer Allee wird abgesehen, da die Gasbeleuchtung da selbst genügt.

Personalsachen. Maschinist Johann Schwab bei den städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken wird auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste auf 1. Juli d. J. in den Ruhestand versetzt. Die Stelle eines Bürogehilfen beim Straßenbahnamt wird dem Schreibgehilfen Adolf Segelbacher übertragen, die Stelle eines Hallenmeisters beim Schlacht- und Viehhof — zunächst probeweise — dem Viegfeldwacht Wilhelm Hoffmann im 1. Bad. Leibgrenadierregiment Nr. 109.

Schaustellungen auf dem Meß- und Festplatz. Der Familie Steh, Umlaufschiffbauwerk und Ballonfahrer (Mongolfier), wird zur Veranstaltung von Schaufstellungen ein Teil des Meß- und Festplatzes an der Durlacherallee für 8 Tage im Monat August d. J. überlassen.

Wirtschaftsgefuche. Die Gesuche der Wirt Franz Wagner Eheleute um Erlaubnis zur Verlegung ihrer Schankwirtschafts-konzession mit Branntweinschant vom Hause Viktoriastraße 7 „Zum Viktoriagarten“ nach jenem Marienstraße 1 „Zum Bad. Hof“, und der Wirt Adolf Rinderspacher Eheleute um Erlaubnis zur Verlegung ihrer Wirtschaftskonzession mit Branntweinschant vom Hause Kaiserstraße 281 „Zum Eschmitt“ nach jenem No-wodanstraße 19 „Zum Café Nowad“ und zum Betrieb der Real-gastwirtschaft dafelbst werden dem Großh. Bezirksamt unbean-sucht vorgelegt. — Das Gesuch des Fräuleins Rosa Cresgenia Fischer um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb eines Ausschankes von Kaffee und alkoholfreien Getränken im Hause Kocherstraße 26 wird durch Anschlag an der Verfündigungs-tafel zunächst zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Arbeiterabstinenzbund.

Auf den öffentlichen Vortrag des Herrn Berufsfürsorgers Richter über „Erfahrungen aus der Trinkerfürsorge“, der heute abend im Reformrestaurant Kircht., Kaiserstr. 56, stattfand, sei noch einmal hingewiesen. Das Thema ist für jeden, der für soziale Fragen Verständnis bekundet, äußerst wichtig. Die Trunksucht gefährdet nicht nur Leben und Erzielen des einzelnen, auch die Familie und die Allgemeinheit leidet darunter. Die Armenpfleger und Armenverwaltungen können in dieser Hinsicht über manche schlimme Erfahrungen berichten. Zahlreicher Besuch ist zu erwarten. Jedermann hat Zutritt. Auch die Stadträte und Bürgerausschußmitglieder sind eingeladen.

Unentgeltliche Vorträge über Wert und wirtschaftliche Bedeutung der Seefischzucht. Die Fischereidirektion Altona veranstaltet Mittwoch, 18. und Donnerstag, 19. d. M. jew. abends 8 Uhr, im kleinen Festhallsaal öffentliche und unentgeltlich zugängliche Aufklärungsvorträge über den Wert und die wirtschaftliche Bedeutung der Seefisch-zucht. Es werden dabei die für den Mittagsstich haupt-sächlich in Betracht kommenden Seefische im Lichtbilde vorgezeigt werden. Im Hinblick auf den volkswirtschaftlichen Nutzen solcher Vorträge hat der Stadtrat den Saal für den fraglichen Zweck kostenfrei zur Verfügung gestellt. Vorauszusehen werden auch Fischkochbüchlein, herausgegeben von der Fischereidirektion Altona, zur Verteilung kommen.

Verein Volkshilfe. Morgen Dienstag abend 8 Uhr findet in der Technischen Hochschule ein Vortrag des Herrn Ingenieur Eisenlohr über die Technik des Flugwesens mit Lichtbildern statt. Karten sind außer in der Geschäftsstelle auch auf dem Arbeitersekretariat Wilhelmstr. 47 erhältlich. Der Vortrag verspricht äußerst interessant zu werden und kann der Besuch nur bestens empfohlen werden.

Städtisches Arbeitsamt, Jähringerstraße 100. Im Monat Januar gelangten in dem männlichen Arbeitsnachweis 1126 Arbeitsstellen gegen 1207 im gleichen Monat v. J. zur Anmeldung. Arbeitsjunge meldeten sich 2514 (2666). Eingestellt wurden 921 (994) Personen. In dem weiblichen Arbeitsnachweis wurden 991 (1132) Arbeitsstellen angemeldet. 946 (1060) Personen suchten um Arbeit nach. Eingestellt wurden 611 (729) Personen. In der Abteilung Wohnungs- und Schiffsarbeitsnachweis wurden 57 (59) kleine Wohnungen, Zimmer und Schlafstellen angemeldet und vermietet 16 (19). Bei der Rechtsauskunftsstelle suchten 436 (469) Personen in 416 (473) Fällen um Rat und Auskunft nach. Auf die einzelnen Rechtsgebiete verteilten sich die Auskünfte wie folgt: Arbeits- und Dienstverträge 39; Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung 42; Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 24; Bürgerliches Recht 233; Sonstige zivilrechtliche Angelegenheiten 17; Sonstige öffentlich rechtliche Angelegenheiten —; Strafrechtliches 17; Sonstiges 43. Die Arbeitsvermittlung erfolgt für Arbeitgeber (auch Dienstverhältnissen) wie für Arbeitnehmer (Dienstboten) völlig unentgeltlich; ebenso die Nachweisung von Kleinwohnungen und Schlafstellen. Auch ist die Erteilung von Rechtsauskünften an minderbemittelte Personen und die Anfertigung von Schrift-sätzen gänzlich kostenfrei.

Hoftheater Karlsruhe. Madame Voette Guilberts einziges Konzert am heutigen Tage bietet nach dem reichhaltigen Programm ein Bild von der Kunst der genialen Französin, die unter der Fülle der treu beobachteten Gestalten und Typen ganz Neues zum Vortrag bringt. Besonders interessieren werden die bis jetzt gänzlich unbekannt, für kleines Orchester geschriebenen Werke, die vom Hoforchester unter der Leitung von Daniel Weiser vorgeführt werden. — Der Spielplan der bevorstehenden Woche bringt der Karmesalstimmung Rechnung tragend nur heitere Stücke, wie „Schöne Helena“, „Barbier von Bagdad“, „Nur Ruhe!“, „Charles Tante“, „Opheus in der Unterwelt“. Vorbereitet werden Schmidbons „Berlorener Sohn“ im Schauspiel und in der Oper zur Wiederaufnahme „Lafmé“ und zur ersten Ausführung die neuverworbene Operette „Polenblut“.

Veranstaltungen.

* Im Kolosseum beginnt heute Montag, 16. Februar, das sensationelle Gastspiel von Chevalier Ernest Thörn, genannt der König der Musikanten. Chevalier Thörn ist zum erstenmale in Karlsruhe und dürfte nicht verfehlen, wie in anderen Städten, auch hier eine große Anziehungskraft auszuüben. Das Gastspiel von „Thörn“ dauert nur bis inklusive 28. Februar. Neben dieser Sensationsnummer ist noch ein hervorragender Varieteelokal engagiert, die einzelnen Programmnummern sind aus dem heutigen Inserat ersichtlich.

* Fußballsport. Im Entscheidungsspiel um die Kreis-meisterschaft gewonnen „Ritters“ Stuttgart über F. C. Borussia mit 4:0 Toren. Eine solche hohe Niederlage hätten sich die Rorzhheimer wohl kaum träumen lassen. Doch muß betont werden, daß die siegende Mannschaft durchaus die bessere war.

Eine neue Kundgebung der Bischöfe zum christlichen Gewerkschaftstreit.

Köln, 14. Febr. Die „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlicht eine Kundgebung der gestern hier versammelten Bischöfe an die Geistlichen ihrer Diözesen, die von dem Erzbischof von Köln, den Bischöfen von Trier, Osnabrück, Hildesheim, Paderborn und Münster unterzeichnet ist. Die Kundgebung besagt: Die Oberhirten der niederrheinischen Kirchenprovinz und der ihr angeschlossenen Diözesen halten es angehts der z. St. in weiten Kreisen des katholischen Volkes, namentlich in den großen Industriezentren ihrer Sprengel, hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisationen entstandenen Beunruhigung für zweckmäßig, die Grundzüge für die Haltung der Mitglieder katholischer Arbeitervereine und der katholischen Arbeiter überhaupt in Erinnerung zu bringen. Auf dem Grundsatze der katholischen Kirche stehend, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittlich-religiöse Frage war, ist und bleibt, wird betont, daß auch diese sittliche Angelegenheiten, die als rein wirtschaftliche bezeichnet werden, eine tiefe sittliche Pflicht mit berührt und sittlich-religiöse Interessen häufig sehr in Mitleiden-schaft gezogen werden. Zur Verfindung der sittlichen Normen dieser Interessen und zur Aufsichtsführung über die Haltung der Katholiken in dieser Hinsicht, zur Abwehr von Gefahren, die der sittlichen Auffassung und Haltung erwachsen können, sind der Selige Vater und mit ihm die vereinigten Bischöfe zuständig und verpflichtet. Aus dieser Stellung des kirchlichen Hirtenamtes folgt dessen treue und autoritative Wachsamkeit über den Einfluß der katholischen Christen in Vereinigungen. Diese Wachsamkeit ist nötig zur Wahrung von Interessen religiöser und sittlicher Natur.

Die Kundgebung geht dann auf die päpstliche Enzyklika singulari quadam vom 24. September 1912 ein, die nach sorgfältigster Prüfung der Angelegenheit und nach Einholung gutachtlicher Meinungen aller einzelnen deutschen Bischöfe erlassen worden sei und sagt dann weiter: Daß die katholische Kirche nach den in dieser Enzyklika dargelegten Grundzügen in erster Linie ihre Empfehlung und Förderung rein katholischen Vereinen zuwenden mußte, ergibt sich aus der dargelegten Aufgabe des kirchlichen Hirtenamtes. Demgemäß wenden auch die Oberhirten der Diözesen Deutschlands ausnahmslos ihre Liebe und Unterstützung den katholischen Ständevereinen, insbesondere den katholischen Arbeitervereinen zu, weil diese in erster Linie sowohl durch Zusammensetzung und Satzungen wie durch ihren engeren Anschluß an die kirchliche Autorität am ehesten die Gewähr dafür bieten, daß die katholischen Grundzüge voll zur Geltung kommen. Wo die katholischen Arbeitervereine, die zugleich den gewerkschaftlichen Interessen der arbeitenden Klassen dienen, mit einem zum Schutze der wirtschaftlichen Interessen genügenden Erfolge eingeführt sind, oder schließlich eingeführt werden können, wäre es in keiner Weise zu billigen, daß katholische Arbeiter sich interprofessionellen Gewerkschaften anschließen. Wo dies nicht der Fall ist, hat der Hl. Stuhl in wohlwollender Berücksichtigung der örtlichen und der allgemeinen Verhältnisse die Duldung und die Erlaubnis der Mitgliedschaft von Katholiken bei den in Deutschland bestehenden christlichen Gewerkschaften unter jenen besonderen Vor-sichtsmäßigkeiten ausgesprochen, die der Stellung und der Pflicht des kirchlichen Amtes entsprechen, die der Stellung und der Pflicht des kirchlichen Amtes entsprechen und daher jedem Katholiken als durch die Umstände geboten erscheinen müssen.

Diese Vorsichtsmäßigkeiten sind folgende: In erster Linie ist dafür zu sorgen, daß katholische Arbeiter, die Mitglieder solcher Gewerkschaften sind, zugleich den katholischen Arbeitervereinen angehören. Ferner müssen die Gewerkschaften, damit Katholiken ihnen beitreten können, sich von allem fern halten, was grundsätzlich oder tatsächlich mit den Lehren und Geboten der Kirche, wie mit den Vorschriften der zuständigen kirchlichen Obrigkeit nicht im Einklang steht. Auch dürfen katholische Mitglieder, die Gewerkschaften angehören, niemals zulassen, daß dieselben in Sorge für die weltlichen Angelegenheiten der Mitglieder sich durch Wort und Tat irgendwie mit den vom obersten kirchlichen Lehramt verordneten Vorschriften in Widerspruch setzen. Die Kundgebung erkennt weiter an, daß dieselbe höchste Autorität, die solche Normen aufgestellt hat, zu deren authentischer Auslegung allein zuständig ist. Die Entscheidung darüber, ob die Organisation sich in Widerspruch mit dem Sittengesetz der katholischen Kirche setzt, hat sich der Hl. Stuhl vorbehalten. Diese Frage soll daher nicht Gegenstand der Polemik leitens katholischer Kreise werden. In dem die Kundgebung alle Beteiligten ermahnt, für die Beobachtung der dargelegten Grundzüge tätig zu sein, vertritt sie, daß der Hl. Stuhl sowohl wie die Unterzeichneten für ihre Räte und Bedürfnisse das vollste Verständnis und die innigste Teilnahme haben.

Köln, 14. Febr. Zum Gewerkschaftstreit gab gestern in einer Versammlung katholischer Arbeiter der Generalsekretär Stegerwald vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften die Erklärung ab: Die christlichen Gewerkschaften würden auch in dem gegenwärtigen Streit in die Rolle eines Zuschauers verbarren, da seit dem Essener Kongreß sich nichts ereignet hat, was sie zu einer neuen Stellungnahme veranlassen könnte. Auch der Brief des Kardinals Köppl an den Grafen Oppersdorf habe keine neue Lage für die christlichen Gewerkschaften geschaffen. Die Frage des Streites, nämlich eine Art Einfluß der kirchlichen Instanzen auf nicht rein kirchliche Angelegenheiten, mußte mehr auf politischem und kirchen-politischem Gebiete ausgetragen werden. Die Gewerkschaften lehnen es ab, sich künftig damit zu beschäftigen. Dagegen liege den katholischen Arbeitern in dem Streit eine große Aufgabe ob, weil sie bei Verschärfung oder Andauer des Streites mehr zu verlieren hätten, als die christlichen Gewerkschaften. Die Erklärung löste in der Versammlung ostentativen Beifall aus.

Daß diese Kundgebung in vollem Verständnis für die „Räte“ und Bedrängnisse“ der christlichen Gewerkschaften

abgefaßt ist, merkt man auf den ersten Blick. Den Berlinern wird es aber trotzdem ein leichtes sein, auch diese bischöfliche Kundgebung gegen die Christen auszunutzen. Denn wenn den katholischen Mitgliedern der Gewerkschaften von den Bischöfen gesagt wird, sie dürften niemals zulassen, daß sich die Organisationen mit den Vorschriften des Papstes in Widerspruch setzen, so werden die Berliner darauf hinweisen, daß die Haltung der christlichen Gewerkschaften tatsächlich in scharfem Widerspruch zu diesen Vorschriften steht.

Der Papst will, daß sich die katholischen Arbeiter auch in wirtschaftlichen Fragen nach der Kirche richten, die Gewerkschaftsführer aber sagen: In wirtschaftlichen Dingen lassen wir uns von der Kirche nichts dreinreden. Eine Vereinigung dieser einander schroff widersprechenden Standpunkte ist gar nicht möglich; entweder muß die Kirche vor den christlichen Gewerkschaften einen Rückzug antreten, oder die christlichen Gewerkschaften müssen sich der Kirche unterwerfen.

Kopp will kämpfen, der „verseuchte Westen“ will nachgeben, die Spaltung im deutschen Episkopat wird damit deutlicher denn je. Beide Teile berufen sich auf Rom, das dauernd schweigt. Es handelt sich aber auch um eine schwere Entscheidung.

Neues vom Tage.

Unfallfälle.

Oberst, 14. Febr. (Amtlich.) Heute vormittag kurz nach 10 Uhr wurden bei einer Manöverbewegung eines Liebeswagens zwei Bahnunterhaltungsbeamte überfahren. Der eine namens Fischer war sofort tot, der andere namens Ludwig hat eine Verletzung erlitten, die aber nicht schwerer Natur zu sein scheint. Wie der Unfall geschehen ist, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben müssen.

Schmutz, 14. Febr. Durch eine Kohlenstaubexplosion in dem Schachte der Neurussischen Gesellschaft in Jusowka sind acht Arbeiter lebensgefährlich und fünf leicht verletzt worden.

London, 14. Febr. „Daily Mail“ meldet aus Newporf von gestern: Ein großer, von vier Pferden gezogener Schlitten wurde heute früh bei Kingston im Staate Newporf bei einem Eisenbahnübergang von einem Güterzug überfahren. Der Schlitten wurde zertrümmert und mehrere Insassen wurden getötet, mehrere verletzt.

Selbstmord eines Millionärs.

Rom, 14. Febr. Ein bekannter Mailänder Millionär, namens Franco Villafraanca hat sich gestern im Saale von Napoli durch einen Schuß ins Herz das Leben genommen. Der Tod war auf der Stelle eingetreten. Der Verstorbenen hinterläßt dem Hospital in Mailand sein gesamtes drei Millionen betragendes Vermögen. Man glaubt, daß er die Tat in einem Anfall von Geistesstörung begangen hat.

Der vergiftete Brotteig.

Paris, 14. Febr. Ein äußerst schwerer Sabotageakt wurde gestern in der Garnisonsbäckerei von Amiens begangen. Als die Bäcker den fertigen Brotteig in den Ofen schieben wollten, bemerkten sie, daß von unbekannter Hand eine giftige Kupferlösung in den Teig geschüttet worden war. Die Militärbehörden nahmen eine genaue Untersuchung vor, die zur Verhaftung von zwei Soldaten führte.

Ein Deutscher in Frankreich zum Tode verurteilt.

Paris, 14. Febr. Das Schwurgericht von Velfort verurteilte gestern einen Deutschen namens Kirstetter wegen Mordes zum Tode. Kirstetter war bei dem Ehepaar König, das bei Velfort Landwirtschaft betreibt, als Hausknecht bebeschäftigt. Wegen roher Mißhandlung der Tiere hatte man ihn entlassen. Aus Rache drang er in die Wohnung des Ehepaars ein und erwürgte die Tochter der Eheleute.

Schiffsuntergang.

London, 14. Febr. Der Dampfer „Mlown“ ist gestern nacht im Aermel-Kanal untergegangen. Die gesamte Mannschaft von 8 Mann ertrank. Der Kapitän des Schiffes wurde, an dem Hauptmast geflammert, in den Bogen treibend aufgefunden. Er war durch den stundenlangen Aufenthalt im Wasser vollkommen erstarrt.

Große Kälte in Amerika.

Neu-York, 14. Febr. Infolge der herrschenden Kälte haben die Kohlen eine unerschwingliche Preishöhe erreicht. In den Krankenhäusern werden hunderte von Personen behandelt, denen einzelne Gliedmaßen erfroren sind. Im Hafen liegt so starkes Eis, daß die Schifffahrt behindert ist. Eisbrecher sind Tag und Nacht tätig, um wenigstens die Ausfahrt aus dem Hafen nach dem offenen Meere frei zu halten. Der Long Island-Sund ist stellenweise völlig zugefroren.

Letzte Nachrichten.

Todesfall.

Karlsruhe, 16. Febr. Prinzessin Wilhelm von Baden, die Mutter des Prinzen Max, ist heute früh verschieden.

München, 14. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Minister des Innern auf die Frage des Abg. Segitz über den militärischen Waffengebrauch, daß eine Aenderung der betreffenden bayerischen Bestimmungen nicht beabsichtigt sei. Von geplanten bundesstaatlichen Verhandlungen der bundesstaatlichen Kriegsminister sei ihm nichts bekannt.

Frähdorf nicht wiedergewählt.

Dresden, 14. Febr. Der bisherige Vorsitzende der Dresdener Ortskrankenkasse, Landtagsabg. Gen. Frähdorf, der bei den letzten Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen in Berlin eine führende Rolle gespielt hat, ist bei der heute vorgenommenen Wahl zur Ortskrankenkasse nicht wiedergewählt worden.

Amtliches Wahlergebnis in Zerichow 1 und 2.

Nach dem amtlichen Bericht wurden abgegeben für Schiele (kons.) 12 083, Robelt (fortschr. Rp.) 6 909 und für Haupt (Soz.) 12 667 Stimmen.

Die Zabern-Kommission.

Berlin, 14. Febr. Die sogenannte Zabern-Kommission des Reichstages, die mit der Vorberatung der Anträge über das Recht des militärischen Waffengebrauchs betraut worden ist, wird am nächsten Mittwoch zusammen treten. Einer Berliner Korrespondenz zufolge wird sich das Kriegsministerium in dieser Kommission vertreten lassen.

Rom fordert.

Petersburg, 14. Febr. Der Papst hat der russischen Regierung ein Telegramm übermittelt, in dem er verlangt, daß die Anstellung und Entlassung der katholischen Geistlichen nur von Rom aus zu geschehen habe. Sobald die russische Regierung diese Forderung erfülle, würden die Geistlichen in Rußland die Autonomie erhalten.

Der englische Flottenetat.

London, 14. Febr. Ueber die wirkliche Höhe der Marineforderungen für 1914/15 ist man noch nicht genau unterrichtet, da in den letzten Wochen versucht wurde, soviel wie irgend möglich zu streichen. Das liberale Blatt „Daily Chronicle“ teilt mit, daß die Vorlage etwas mehr als 5 Millionen Pfund Sterling verlangen werden, also über den Nachtragskredit von 1913/14, der drei Millionen Pfund Sterling beträgt, hinaus.

Chinas Beitritt zum Weltpostverein.

Peking, 14. Febr. Auch auf postalischem Gebiete fängt jetzt das Reich der Mitte an, sich zu modernisieren. Wie gemeldet wird, wird nach dem Vorschlage des Verkehrsministers China am 1. März dem Weltpostverein beitreten und dessen Satzungen vom 1. September ab in Kraft treten zu lassen.

Aus der luxemburgischen Kammer.

Luzemburg, 14. Febr. Der Abgeordnete Welter hatte in der Kammer den früheren Abgeordneten Prüm (Vater) der Homosexualität bezichtigt. Prüm-Sohn hatte darauf dem Abgeordneten Welter vorgeworfen, er habe bei der Zusammenstellung der betreffenden Doktrinen geizig und wissentlich die Unwahrheit gesagt. Um nun den fortwährenden Auseinandersetzungen über diese Angelegenheit ein Ende zu machen, hat die Kammer beschlossen, eine Kommission zu ernennen, die diese Ehrenfache zwischen Welter und Prüm untersuchen und entscheiden soll.

Briefkasten der Redaktion.

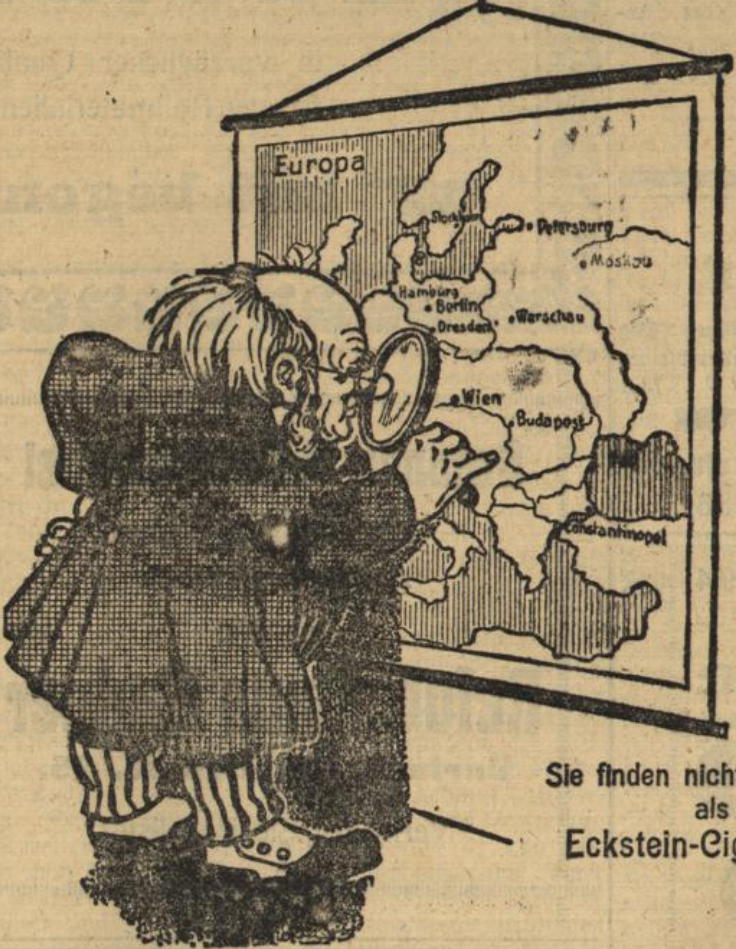
Nach Gernsbach. Ihr Bericht kam erst mit der 11 Uhr-Post; wir konnten ihn also nicht mehr in die Sonntagsnummer bringen. Das nächstemal also früher abenden.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

16. Februar.
Schutterinsel 1.08 m, gest. 5 cm, Rehl 2.01 m, gest. 9 cm
Maxau 3.64 m, gest. 24 cm, Mannheim 2.85 m, gest. 18 cm

Und wenn Sie ganz Europa mit der Lupe absuchen,



Sie finden nichts besseres als Eckstein-Cigaretten.

Eckstein's DA CAPO-Cigaretten
von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden.
Grösste deutsche Zigarettenfabrik nach Arbeiterzahl (ca. 2300 Arbeiter)
Stück 3 bis 10 Pfg.

Trustfrei



Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Dienstag abend halb 9 Uhr Sängerversammlung. Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen der Sänger Pflicht.
Karlsruhe. (Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Baden.) Den verehrl. Gauvereinen zur Nachricht, daß von heute ab die fällige Sängervereinigung nebst weiterem wichtigen Inhalt im Lokal „Auerbahn“ zum Abholen bereit liegt und ersuchen wir um baldige Regelung. 7325

Geschäftliches.

Millionen Menschen kann man nicht dauernd dazu überreden, daß etwas Schlechtes gut ist. Wenn daher Millionen Menschen seit über zwanzig Jahren tagaus tagein mit Genuß ihren Rathkeiners Malzstee trinken und sich dabei wohl fühlen, so ist das ein Beweis dafür, daß dieses Getränk wirklich und dauernd befriedigt. Es trägt aber auch zur Erhaltung des Wohlstandes bei, denn 20 Tassen kosten nur 10 Pfennig. Man kann durch Rathkeiners Malzstee in unseren teuren Zeiten also sehr viel sparen.

Eine unnütze Quälerei bedeutet das Waschen mit Waschbrett und Bürsten. Welch bedeutende Erleichterung verschafft dagegen der Gebrauch des bekannten selbsttätigen Waschmittels Persil! Der sonst mit Recht so gefürchtete Waschtag wird hierbei im Laufe fast gar nicht gemerkt. In der Hälfte der Zeit ist das Waschen vollbracht; blendend weiß, zart und duftig, wie nie zuvor, verläßt die Wäsche den Waschkessel, eine Augenweide für jede Hausfrau! Wer deshalb mit Persil noch keinen Versuch gemacht hat, sollte damit nicht länger zögern. Persil muß jedoch ohne irgend eine Zusatz von Seife, Seifenpulver usw. verwendet werden.

Café Bauer
Heute Montag
Abschieds-Konzert
der Kapelle Mönch.
Dienstag 7327
I. KONZERT
des Rumänischen Künstlers
in Nationaltracht.

Erstklassige Schneider
sucht 7322
Hans Leyendecker.

städt. Arbeitsamt
Gesucht
Herrschafts-Röckchen,
Mädchen die gut bürgerlich kochen können, 7182
Mädchen für alle Hausarbeit und zum Einlernen,
Zimmermädchen für Wirtschaft und Küchenmädchen.
städt. Arbeitsamt
(weibl. Arbeitsamt)
Jährlicher Geh. 100 Taler 949.

Erklärung!
Wir wollen für Karlsruhe und Umgebung sofort eine Filiale errichten u. suchen hierfür einen verlässlichen Mann. Beruf einerlei. Kenntnisse, Kapital, Leben od. Berufswechsel nicht nötig. Einkommen monatlich 200-300 Mk. Auskunft kostenlos. Bewerb. unter Lagerkarte Nr. 8, Herbesthal, (Rheinland). 7320

städt. Vierordtbad
Versch. Kurbäder
Halb-, Sitz-, Fuß- und Wechselbäder, Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heißluftkassenbäder etc.
Damenbadezeit: „Montag und Mittwoch vormitt. 8 bis 1 Uhr und Freitag 2 bis 8 Uhr. 7152
Herrenbadezeit: „Alle übrige Zeit u. Sonntags vorm. 8-12 Uhr.“
Auch üb. Mittag geöffnet.

Kinderliegewagen, fast neu, billig, 30, 8, 8.

Maskenball für alle Angestellten im Hotel-, Café- und Restaurant-Gewerbe.

Einladung.

Mittwoch den 18. Februar, abends 1/2 9 Uhr, in den Sälen der „Eintracht“, Karl-Friedrichstr.



Großer Maskenball.

Hierzu laden wir alle gastwirtschaftlichen Angestellten u. Gewerkschaftsmitgliedern nebst Angehörigen höflichst ein. 7281

Der Vorstand des Verbandes der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Karlsruhe.

Büro: Rippurrerstr. 22/III. — Tel. 3577.

Waldstr. 16/18. COLOSSEUM. Telephon 1938

ab heute Montag den 16. Februar bis inkl. 28. Februar 1914

kurzes sensationelles Gastspiel Chevalier Ernest Thorn.

König der Illusionisten. „Ein Abend im Traumland“. Zum erstenmale in Karlsruhe.

Sowie folgender hervorragende Variété-Teil: Jede Nummer ein Schlager!

Die Silbersterne. Blitzturner an Vertikalstangen 4 Damen, 1 Herr. Dandy and Dandy. Neueste Jongleur-Kombination mit Panamahüten, Schirmen etc.

Alois Poeschl Münchener Original-Komiker und Parodist. Les 3 Carolis. Elite-Gymnastiker. Rolf Rafaely. Der beste Karikaturist.

Lichtspiele, jeden Samstag Programmwechsel.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr. 7319

Städtische Blechner- und Installateur-Fachschule Karlsruhe (Zirkel 22).

Theoretische und praktische Ausbildung in zwei aufeinander folgenden Kursen von je 4 Monate Dauer.

Unterrichtsbeginn: Ergänzungskurs: 30. März, Anfängerkurs: 19. Oktober. 7158

Auskunft und Programm kostenlos. Der Vorstand: Rektor Kuhn.

Infolge eines größeren Umbaus bleibt die

Schwimmhalle

vom 16. Februar bis 2. März geschlossen. Die Wannenbäder, sowie Dampf- und Kurbäder bleiben täglich unverändert geöffnet. 7321

Friedrichsbad Kaiserstraße 136.

Ziehung garantiert am 18. Februar 1914

Karlsruher

Geld-Lotterie

2565 Geldgewinne in bar ohne Abzug Mark:

28000 Möglicher Höchstgewinn

15000

10000 1 Prämie

5000

Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk., Porto u. Liste 25 Pf. extra empfiehlt

Carl Götz Lotteriebanc, Karlsruhe, Hebelstr. 11/15.

Druckarbeiten aller Art liefert schnell und billig Buchdruckerei Volksfreund.

Angestaubte, weisse 7326 Batist-Taschentücher mit Hohlsaum und verschiedenen hübschen weissen Streifen am Rand, oder glatt weiss. Posten I 1/2 Dtzd. 45 Posten II 1/2 Dtzd. 60 Aussteuerhaus Landauer Kaiserstraße Ecke Lammstraße.

Mühlburger Brauerei vorm. Freiherrl. von Seldenecksche Brauerei. Der Ausstoss unseres Starkbiers „Edelbräu“ in vorzüglicher Qualität aus feinsten Rohmaterialien gebraut 7323 hat begonnen.

Gesunde Nahrungsmittel in tadelloser Ware zu billigsten Preisen empfiehlt 6805 Reformhaus Kadner Durlach, Amalienstr. 25. Verlangen Sie Preisliste!

Carl König Dentist KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b. Telephon 2451. Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen. 2885

Möbel jeder Art, sowie ganze Ausstattungen. Neuherstellung nach Zeichnung, sowie Reparaturen. Schreinerei Ruf 7323 Jähringerstr. 82. Bettstelle mit gut. Mat. und Polster 10 Mk., Schrank zum abschlagen 20 Mk., Waschtisch, Ovaltisch 8 Mk., 3 komplette Betten, bereits neuer Schreibtisch sehr billig. 7284 Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach. Geburten vom 4.—11. Febr.: Maria Margarete, B. Jakob Gauer, Fabrikarbeiter. Eva Veria, B. Max Will. Wulfgang, Fabrikarbeiter. Hildegard Lina, B. Gustav Adolf Gauer, Amtsdienner. Sofie Hillette, B. Richard Erich Böhmert, Trompeter-Gergeant. Eheschließungen vom 8.—12. Febr.: Emil Martin Georg Frey von Ulm, Schriftfeger und Maria Juliana Barbara Walther von Karlsruhe. Wilhelm Hoch, Bahnarbeiter und Veria Schöner, beide von Königsbach. Wilhelm August Dürr, Sparkassenassistent von Aue, Amt Durlach und Frida Katharina Schweigert von Hirsingen, Amt Hirsingen. Johann Eißler, verwitweter Sattlermeister und Frida Romminger, beide von Wülfelsfeld, Amt Hirsingen. Todesfälle vom 6.—12. Febr.: Friedrich Joh. Warthel, Landwirt, Ehemann, 75 Jahre alt. Heinrich Karl, Vater Jakob Heinrich Karl Goldschmidt, Wagner, 10 Monate alt. Robert Fritz Vater Robert Volen, Schreiner, 16 Tage alt. Anna Maria geb. Maier, Witwe des Jakob Weinmann, Webermeister, 82 1/2 Jahre alt. Friederike geb. Haub, Witwe des Ferdinand Wüch, Webermeister 78 1/2 Jahre alt. Karoline Günther, ledige Haushälterin, 56 Jahre alt. Wilhelmine geb. Bräuer, Ehefrau des Karl Weber, Fabrikarbeiter, 36 1/2 Jahre alt.

Große Badische Säuglings-Fürsorge-Geld-Lotterie! Ziehung garantiert 7. März. 2827 Geldgew. ohne Abzug 27 000 M. 1. Hauptgewinn bar: 10 000 M. 826 Gewinne bar: 10 000 M. 2000 Gewinne bar: 7000 Mk. Lose à Mk. 1.—, 11 L. Mk. 10.—, Porto und Liste 30 Pf. empfiehlt Lotterie-Intendant J. Stürmer Stralburg I. E., Langstraße 107. Filiale: Kohl a. Rh., Hauptstr. 41. In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, E. Flöge.

Kleidermacherin empfiehlt sich im anfertigen von Hemdblusen 2 Mk., Röcke 3 Mk., Kinderkleider je nach Größe von 1 Mk. an; auch außer dem Hause. 7257 Wilhelmstr. 36, St. 4. Et.

Billig zu verkaufen Kaiserstraße 65, 3. Et.: 3 Clowns-Anzüge für Alter 5, 8, u. 12 J., 1 Stoffpöppchen, 8—6 J., 1 Mädchen-Waistentüll, 10—12 J., 1 schwarz. Atlas-Domino. 7272

Bucherer empfiehlt mit Zucker eingedöchte Heidelbeeren vorzüglich zu Wehlspeisen 7287 per Pf. 50 Pf.

Bucherer in sämtlichen Filialen.

Größere Posten Herrenkleiderstoff-Netze

find enorm billig abzugeben Kaiserstr. 133 1 Treppe hoch 7283

Erle Kaiser- und Kreuzstraße, Eingang bei der Keinen Kirche

Kinderwagen sehr gut erhalten, billig zu verkaufen. Scheffelstraße 44a, 4. Stock.

Drucksachen fertigt an Buchdruckerei Volksfreund.

Georg Friedrichstr. 13. bereits neuer Schreibtisch sehr möbl. Zimmer, mit oder ohne Pension zu vermieten.

Fragmentary text from the right edge of the page, including words like 'Ausgabe', 'Di', 'Zn', 'Zentru', 'gen na', 'der St', 'Manda', 'stehend', 'köstli', 'nachf', 'notmäß', 'Mehter', 'den wa', 'die für', 'ein gen', 'praktis', 'härtun', 'Mit', 'Konjert', 'gehtige', 'findet.', 'Stimm', 'teigert', 'jweitaus', 'tiben i', 'daf un', 'wohl p', 'Sozial', 'Vorbr', 'fönnte', 'aber an', 'In', 'Blätter', 'Bort n', 'rigen P', 'tratie e', 'der Pal', 'demofra', 'verloren', 'nimmt', 'kommt', 'bei Neu', 'Zuwach', 'Das', 'ger int', 'Zug na', 'gefagt', 'krate z', 'günstige', 'mit die', 'wieder', 'an sich', '1912 be', 'Die', 'Reiche', 'geförde', 'parlame', 'hüde A', 'schließl', 'freie', 'geringer', 'von Nei', 'ausgere', 'oativen', 'zuhalten', 'rieten.', 'die Libe', 'die Zue', 'ohnmäc', 'servativ', 'fition v', 'bekunde', 'tiben K', 'ven auch', 'ihren al', 'Dan', 'gefüllt', 'auf die', 'werden', 'Gefäng', 'besserun', 'Zeit, in', 'des Mi', 'gegangen', 'Mit', 'schaft j', 'politisch', 'Waffen', 'Erstarr', 'ben auf', 'schärfun', 'jedes P', 'Und', 'dabei